Einzelpreis 6 Mk. Halle, Dienstag, den 31. Oktober 1922 32. Jahrgang • Nr. 26

Schriftleitung: Hans 42-44 Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr

Das Volksblatt ist amtliches Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle Hans 42-44.
Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung: Fr. Ulrichstr. 27 Fernruf 4905 Postscheckkonto 11092 Erfurt. Bezugspreis: wöchentl. 30 Mk. monatlich 120 Mk u. 10 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 130 Mk. Anzeigenpreis im Anzeigenteil 8 Mk. pro Millimeter u Spalte; desgleichen als Reklame im Textteil 30,— Mk.

Kabinett Mussolini.

Die Ministerliste.

Empfang beim König. — Jubel der Faszisten. — Das Gebäude der Eisenbahner in Genua in Brand gesteckt.

Rom, 31. Oktober. (Havas.) Das Ministerium Mussolini setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident, Inneres und Aeußeres: Mussolini; Krieg: General Diaz; Marine: Admiral Thaon de Revel; Schatz: Jnaudi (Nationalist); Industrie: Th. Rossi (Nat.); Finanzen: di Stefani (Faszist); Kolonien: Lederzoni (Nat.); befreite Gebiete: Giuriati (Faszist); Justiz: Oviglio (Faszist); Unterricht: Gentile (Demokrat); Landwirtschaft: di Capitani (Faszist); öffentliche Arbeiten: Caranzza (Nationalist); Post und Telegraphenwesen: Colonna di Cesare (Nationalist); Wohlfahrt und Arbeit: Cavazzoni (Populari); Unterstaatssekretäre: beim Ministerpräsidenten: A. Cerho (Faszist); beim Ministerium des Innern: Finzi; beim Ministerium des Aeußern: Pasqualino Vassalle (Dem.); beim Kriegsministerium: de Bono (Faszist); beim Marineministerium: Ciaon (Faszist); für Pensionen: Bocchi.

Rom, 30. Oktober. (Agenzia Stephani.) Heute vormittag traf Mussolini kurz vor 11 Uhr hier ein. Eine ungeheure Menge hatte sich im Bahnhof und dessen Umgebung eingefunden, darunter zahlreiche Faszisten, die in stürmische Begeisterungsrufe ausbrach. Mussolini begab sich nach dem Quirinal, wo er vom König empfangen wurde. Die Stadt hat geflaggt. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Man hofft, daß im Laufe des Tages das neue Kabinett gebildet werden wird.

Rom, 31. Oktober. In Bologna und Verona ist es zu Zusammenstößen gekommen zwischen Faszisten und Polizei, wobei ein Unteroffizier der königlichen Garde und drei Faszisten getötet und ein Unteroffizier verwundet wurden. In Genua haben die Faszisten das Haus der Eisenbahngewerkschaften in Brand gesetzt.

*

Ohne Schwertstreich ist der Abenteurer Mussolini in das ewige Rom eingezogen. Der König hat ihn mit Bücklingen empfangen, hat ihn zum Ministerpräsidenten ernannt und seinen Vertreter Devecchi gerührt umarmt, als dieser erklärte, die Faszisten wollten der Monarchie nichts zuleide tun. Widerstand gegen die neue Regierung ist nach den bisher vorliegenden Berichten so gut wie gar nicht zu bemerken. Die paar Arbeiter, die da und dort im Kampfe gegen die Schwarzhemden gefallen sind, sind als Helden gestorben, aber ihr Opfer war nutzlos gebracht. Rom und ganz Italien liegen dem Eroberer müde und geduldig zu Füßen.

Durch den italienischen Staatsstreich ist eine Entwicklung gewaltsam durchbrochen worden, die sich in der ganzen zivilisierten Welt anzubahnen schien, die Entwicklung zu den Staatsformen der Demokratie. Diese Demokratie erschien manchmal in seltsam verzerrter und verkrüppelter Gestalt. Grundsätzlich aber wurde an dem Gedanken festgehalten, daß Regierungen nur aus Volkswahlen und Abstimmungen hervorgehen dürften. Der russische Bolschewismus hat der Demokratie, die als das politische Prinzip des Westens zu bezeichnen ist, den ersten Schlag versetzt, indem er ihre Ausbreitung auf Rußland gewaltsam verhinderte, die konstituierende Nationalversammlung auseinanderjagte und die Gewaltherrschaft einer Minderheit aufrichtete. Vom entgegengesetzten Ende ausgehend hat der extrem-antibolschewistische Faszismus jetzt in Italien genau das Gleiche getan. Er hat eine Regierung gegründet, die sich nicht auf einen irgendwie, sei es auch mit noch so primitiven Mitteln, erforschten Willen des Volkes stützt, sondern die allein aus dem Willen einer kleinen bewaffneten und disziplinierten Minderheit entstanden ist.

Die Erschütterung des hemokratisch-konstitutionellen Prinzips in Italien wird sich mit stärkeren oder schwächeren Stoßwellen in ganz Europa bemerkbar machen. Für die äußere wie für die innere Politik muß der Sieg des Faszismus weitreichende Folgen haben. Die Faszisten sind ausgesprochene Nationalisten und grundsätzliche Imperialisten. Italien kann ihnen niemals groß genug sein. Ihr annexionistischer Appetit wird sich zunächst gegen Jugoslawien richten und danach trachten, die Parole des „mare nostro", der italienischen Adria, wahrzumachen. Aber auch die Schweiz und Italien sind vor ihm nicht sicher. Für das schon italienisch gewordene Südtirol bedeutet sein Sieg neue Leiden; denn der Faszismus kennt kein Recht der nationalen Minderheiten, er predigt das alleinige Recht der zum Herrschen berufenen italienischen Nation. Dieses sein Programm müßte ganz Europa in die ungeheuerste Verwirrung stürzen, wenn überhaupt der Versuch unternommen werden sollte, es durchzuführen. Viel spricht aber dafür, daß die neue faszistische Regierung, um sich in der Herrschaft zu befestigen, viel Wasser in ihren Wein gießen wird.

Was die Beziehungen Deutschlands zu einem faszistischen Italien betrifft, so ist zu sagen, daß uns der italienische Faszismus ebenso als ein Fremdkörper erscheint wie der russische Bolschewismus, daß es aber nicht unsere Aufgabe ist, in das Schicksal fremder Völker bestimmend einzugreifen. Wir müssen mit Regierungen, die ihre Existenz keinem höheren Recht verdanken als dem der brutalen Gewalt, als mit gegebenen Tatsachen rechnen. In diesem Sinne konnte Deutschland mit Rußland den Vertrag von Rapallo abschließen. Wie sich Deutschland zu dem neuen Italien stellt, wird zum großen Teil davon abhängen, wie sich das neue Italien zu uns stellt.

Zugleich aber steht fest für uns, daß wir im Interesse unserer Zukunft alles aufbieten müssen, um den Faszismus ebensowohl wie den Bolschewismus an der Ueberschreitung unserer Grenzen zu hindern. Wir dürfen nicht im Zweifel darüber sein, daß heute die faszistische Gefahr in Deutschland unvergleichlich größer ist als die bolschewistische. Das Sowjetsystem hat seine Anziehungskraft verloren, seit es auf dem Wege der Konzessionen das russische Proletariat dem fremden Kapital ausgeliefert hat. Und das töricht-gewissenlose Verhalten der deutschen Kommunisten hat weiteres dazu beigetragen, seine Werbekraft in Deutschland zu mindern. Kein Mensch mit gesunden fünf Sinnen glaubt in Deutschland an die Möglichkeit eines kommunistischen Sieges.

Unvergleichlich drohender als der Bolschewismus steht in Deutschland sein Widerpart, der Faszismus da. Er führt hier einen anderen Namen als in Italien. Er nennt sich Deutschnational oder Deutschvölkisch, steuert aber im wesentlichen auf dieselben Ziele. Er verfügt über eine weitverzweigte Organisation und erfreut sich im zweitgrößten Bundesstaate der deutschen Republik eines solchen Einflusses, daß die Regierung ihm gegenüber beinahe schon einen ebenso kläglichen Schatten darstellt, wie in Rom die selige Regierung de Facta.

Die Kampfansage des deutschnationalen Parteiführers Hergt auf dem Parteitag in Görlitz gegen das parlamentarische System ist in hohem Grade geeignet, den putschistischen Elementen in jener Partei den Rücken zu stärken. Das italienische Beispiel wird auf sie eine beseuernde Wirkung ausüben.

Seien wir uns also dessen bewußt, daß wir in Deutschland seit dem Einzug Mussolinis in Rom vor einer noch ernsteren Gefahr stehen als zuvor. Wenn uns etwas beruhigen kann, so ist es die Erinnerung an die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung gegen putschistische Abenteuer einen viel stärkeren Damm darstellt als die von Hause aus schwächere und vom Kommunismus durch und durch unterhöhlte italienische Arbeiterbewegung. Erst die Zerstörung dieser Arbeiterbewegung durch das aberwitzige Treiben der Kommunisten hat den Sieg der faszistischen Gewaltbanden ermöglicht.

Lerchenfelds Schicksal.

Der Kampf gegen die Weimarer Verfassung beginnt. — Bayern will einen Staatspräsidenten haben. — Die Reichseinheit in verstärktem Maße gefährdet.

München, 31. Oktober. (WTB.) Wie wir erfahren, ist der Rücktritt des Kabinetts Lerchenfeld nun eine vollendete Tatsache. Der Landtag wird alsbald zusammenberufen werden, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt nach wie vor der bisherige Staatsrat Meyer. Der Rücktritt Lerchenfelds, der aus der innerpolitischen Entwicklung in Bayern zu erklären ist, wird sicherlich auch außerhalb des Landes ein gewisses Bedauern (!) auslösen, da sich seine ausgleichende Art wiederholt, besonders bei den verschiedenen Streitfragen zwischen Bayern und dem Reich, für beide Teile vorteilhaft bewährt hat. (!)

*

Die vorstehende Wolff-Meldung, die wir mit kommentierenden Ausrufungszeichen versehen haben, trifft in der Beurteilung Lerchenfelds nicht ganz daneben. Das erhellt namentlich daraus, daß er seinerzeit die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik gebilligt hatte. Erst nachträglich mußte er sie auf Geheiß der Bayerischen Volkspartei ablehnen. In den späteren Verhandlungen mit dem Reich beanstandete seine Partei, daß er zu versöhnlich aufgetreten sei. Die Bayerische Volkspartei kam zu der Ueberzeugung, daß sich mit Lerchenfeld die partikularistische Politik gegen das Reich nicht machen lasse, zu der man sich dort für den kommenden Winter entschlossen hat. Als die Demokraten aus der Koalition ausstraten und durch die Mittelsparteien ersetzt wurden, war Lerchenfelds Schicksal bereits entschieden. Man hat im Reich wohl nicht scharf genug erfaßt, was es bedeutete, daß dieser Konflikt mit der Besetzung des bayerischen Justizministerpostens durch einen Deutschnationalen abschloß. Das war eine Kampfansage an das Reich und seine Republikschutzgesetze; vor aller Welt brachte Bayern zum Ausdruck, daß es gar nicht den Willen habe, die Republik zu schützen; indem ein ausgesprochener Monarchist an die Spitze des bayerischen Justizwesens gestellt wurde, war Bürgschaft dafür geschaffen, daß die Absichten der republikanischen Reichstagsmehrheit an den bayerischen Grenzen zuschanden wurden.

Vielleicht fielen auf Lerchenfelds Charakter manche schiefe Lichter, als er nicht schon in jenen Konfliktstagen sein Amt niederlegte. Zweifellos befand er sich in großen Gewissensnöten; vermutlich blieb er, weil er hoffte, dem Wahnwitz der bayerischen Partikularisten gerade dadurch die Spitze abzubrechen, daß er diesem Wahnwitz anscheinend nachgab, in Wirklichkeit ihn aber der allergefährlichsten Durchschlagskraft beraubte. Freilich wurde Lerchenfeld durchschaut. Die Vorzeichen seines nahenden Sturzes häuften sich. Er mußte um so mehr beseitigt werden, als die Bayerische Volkspartei dem Reich den Waffenstillstand zu kündigen gedenkt, der in den verflossenen Augusttagen notgedrungen geschlossen worden war. Der Angriff auf die Weimarer Verfassung soll in vollem Umfange beginnen; die Stärkung der bayerischen Staatspersönlichkeit soll erzwungen, die Vermehrung seiner Hoheitsrechte soll erstrebt werden. Im bayerischen Staatspräsidenten soll der reaktionäre Widerpart des Reichspräsidenten erstehen. Die Bayerische Volkspartei weiß, daß für solch reichszerstörerischen Kampf Graf Lerchenfeld nicht der geeignete Führer ist.

Die Partei hat für solchen Zweck brauchbarere Männer. Voraussichtlich wird sie dem Staatsrat Dr. Meyer die Ministerpräsidentschaft antragen — und mit ihm wird sie auf ihre Rechnung kommen. Dr. Meyer ist Protestant; an Kahr hat er beobachtet, daß Gottes sichtbarer Segen auf dem Haupte jener Protestanten ruht, die sich der Bayerischen Volkspartei anschließen. Er ist der Mann, der die politischen Skandalprozesse vor dem Münchener Volksgericht inszeniert hat; ebenso ist er der Urheber der verfassungswidrigen Notverordnung der bayerischen Regierung vom August 1922 gewesen.

Mit großen Besorgnissen sehen wir dem bevorstehenden Winter entgegen. Der Verlauf des gegenwärtigen Parteitages der Bayerischen Volkspartei, der Sturz Lerchenfelds und die Ministerpräsidentschaft Dr. Meyers lassen uns das Schlimmste für die Reichseinheit befürchten. Es gibt nur eine Macht, die sich den Reichszerstörern mit Erfolg entgegenstemmen kann, das ist die Arbeiterschaft. Vielleicht erfüllt sich in diesem Winter zum zweiten Male das Bröger-Wort von dem ärmsten Sohn Deutschlands, der auch sein getreuester war.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Lage.

Vertrauensvotum für Robert Schmidt. — Kein Nachgeben in der Wirtschafts- und Währungspolitik. — Produktionssteigerung durch Stabilisierung der Mark, aber nicht auf Kosten der Arbeiterschaft. — Appell an die bayerischen Arbeiter.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagvormittag zu einer Sitzung zusammen. Er nahm zunächst den Bericht der Unterhändler über die bisherigen Verhandlungen in der Reichskanzlei wegen der sozialdemokratischen Forderungen zur Markstabilisierung entgegen. Das Verhalten unserer Unterhändler wurde einmütig gebilligt; insbesondere fand das Vorgehen des Reichswirtschaftsministers Genossen Robert Schmidt in seinem Kampfe um die Erhaltung der Mark einstimmige Zustimmung.

In Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, die zwar zu raschen sachlichen Entschlüssen drängen, aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, wurde davon Abstand genommen, die Reichstagsfraktion noch in dieser Woche zusammenzuberufen. Um aber andererseits eine Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur politischen Gesamtlage vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen herbeizuführen und zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen, wurde die Einberufung der Reichstagsfraktion zu Dienstagvormittag nächster Woche beschlossen. Ein früherer Termin erschien in Anbetracht der Tätigeit fast aller Fraktionsmitglieder bei den sächsischen Landtagswahlen untunlich.

In sachlicher Beziehung bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die Partei auf ihren Vorschlägen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unbedingt bestehen muß, besonders da sie die einzigen positiven Vorschläge sind, die zur Wirtschaftsgesundung gemacht worden sind. Auch bestand volle Uebereinstimmung darin, daß die Sozialdemokratie eine Antastung des Achtstundentages, wie sie jetzt von einflußreichen Kapitalistengruppen und auch von vielen bürgerlichen Politikern im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt ist, auf keinen Fall zulassen wird. Die auch von der Sozialdemokratie als dringend notwendig anerkannte Produktionsförderung darf nicht auf Kosten der Arbeiter herbeigeführt werden. Die wirksamste Voraussetzung für die Produktionssteigerung ist die Stabilisierung der Mark. Eine Regierung, die sich trotz der dringenden Vorstellungen der Sozialdemokratie nicht zu positiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark bereitfindet, dafür aber den Achtstundentag beseitigen wollte, könnte keine Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei, sondern nur eine entschiedene Bekämpfung erfahren.

Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich ferner, veranlaßt durch eine Aeußerung des Abg. Dr. Heim auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei, mit der durch den Rücktritt Lerchenfelds geschaffenen Zuspitzung der gesamtpolitischen Verhältnisse und richtete den dringenden Appell an die bayerischen Arbeiter, den gegenrevolutionären bayerischen Bestrebungen gegenüber auf der Hut zu sein.

Zwecks Stellungnahme zu den dringenden schwebenden Steuerfragen wurde die Einberufung einer Konferenz mit Vertretern der Fraktionen der einzelnen Länder für den 22. November in Aussicht genommen.

Auf Lausanne zu!

Abzug der letzten griechischen Truppen aus Thrazien. — Beteiligung der Kemalisten an der Konferenz in Lausanne.

London, 31. Oktober. (Reuter.) Der letzte Eisenbahnzug mit griechischen Truppen verläßt heute abend Trazien. Der größte Teil der griechischen Zivilbevölkerung hat das Land ebenfalls verlassen. Morgen kommt türkische Gendarmerie an.

London, 31. Oktober. Aus Konstantinopel verlautet, daß das kemalistische Kabinett beschlossen habe, die Einladung zur Konferenz in Lausanne anzunehmen.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus Washington wird der amerikanische Vertreter auf der Konferenz in Lausanne der amerikanische Gesandte in Bern Grew oder aber der Admiral Bristol sein.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 4550
bei fester Tendenz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0001

Der arme Wilhelm!

Ein Brautgeschenk von nahezu einer Milliarde Mark.

Während monarchistische Blätter immer noch von Zeit zu Zeit an die Tränendrüsen ihrer Leserschaft rühren, indem sie weinerliche Schilderungen von der „Not" der exkaiserlichen Familie einwerfen, scheint Wilhelm selber über seine finanzielle Lage durchaus günstig zu urteilen.

Jedenfalls hat er für seine bevorstehende Hochzeit ein Brautgeschenk in Auftrag gegeben, das durchaus der Pracht- und Verschwendungssucht seiner Regierungszeit entspricht. Es handelt sich um einen kostbaren Schmuck, mit dessen Herstellung zurzeit mehrere Berliner Juwelierfirmen beschäftigt sind. In Auftrag gegeben ist das Geschenk bei einer großen Firma in der Friedrichstraße; die Anfertigung haben ein Goldschmiedemeister in der Zimmerstraße sowie andere Spezialarbeiter übernommen.

Das Hauptstück dieses Schmuckes bildet ein Brillantdiadem, das aus nicht weniger als 700 Brillantsteinen zusammengesetzt ist. Von diesen wiegen die kleinsten ein halbes Karat; die Hauptsteine sind von erlesenster Pracht und Größe. Ober- und Unterteil sind auf Platin, dem teuersten Metall, das zurzeit den vielfachen Wert des Goldes hat, gearbeitet. Außerdem gehören zu dem Schmuck ein Anhänger und ein Paar Ohrringe, diese auf Feinsilber gearbeitet, aber gleichfalls mit kostbaren Diamanten besetzt. Der Wert des Diadems allein wird von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt.

Während das deutsche Volk bitterste Not leidet, ist der Mann, der es in diese Not hineingerissen und dann das Weite gesucht hat, imstande, seiner Braut ein Hochzeitsgeschenk im Werte von ziemlich einer Milliarde zu machen. Millionen Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen, Kriegerwaisen usw. können kaum das Brot erschwingen. Wilhelm aber behängt seine Braut mit Brillanten, deren Wert ausreichen würde, um hunderttausend Familien über die Not des Winters hinwegzuhelfen. Ein neuer Charakterzug zum Bilde des Mannes, dem angeblich das Wohl „seines" Volkes über alles geht. Und es gibt noch immer Leute, die sich für diesen Menschen begeistern!

Aber die Sache hat auch ihre politischen Seiten. Einmal zeigt sie den bürgerlichen Parteien, die in der Abfindungsfrage immer noch für Wilhelms „Rechte" an tatsächlichem Staatsvermögen kämpfen, zu welchen Konsequenzen ihr Standpunkt führt. **Gehen ihnen wirklich Wilhelms Brillantensorgen näher als die Tränen der Millionen Notleidenden?** Wird man im Ausland an Deutschlands Zahlungsunfähigkeit glauben, wenn dieses Deutschland weiter seinen geflüchteten Monarchen in die Lage versetzt, zügellosen Milliardärslaunen zu frönen?

Und ein zweites: **Die Braut geht nach Holland, der Milliardenschmuck mit ihr. Ist ein derartiger Export von Kostbarkeiten vereinbar mit dem Gesetz zur Verhinderung der Kapitalsflucht?**

Attentatsabsichten der sächsischen Deutschnationalen.

Wichtige Waffenfunde in Leipzig.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

In Leipzig wurden vor einiger Zeit eine Anzahl Deutschnationale, darunter besonders eine Frau Staudinger und ein Zeichner Herbert Rachner, verhaftet, nachdem man bei Rachner in seiner Wohnung, Marschnerstraße 8, Handgranaten, Gasmasken, Gewehrpatronen, Minenwerferplatten und andere Waffen gefunden hatte. In dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, das gegen die beiden genannten Personen schwebt, hat Rachner, der im übrigen seine Schuld leugnet, zugegeben, daß er der Frau Staudinger im Juni und Juli 1922 Handgranaten und Sprengkapseln und einem gewissen Heinze 420 Stück Infanteriemunition gegeben habe. Er will die Waffen im März 1920 vom Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig mitgenommen und sie im folgenden Monat im Keller seines Hauses vergraben haben.

Auf die Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, dem Heinze die Waffen zu geben, hat Rachner vor dem Untersuchungsrichter erklärt: „Heinze war mir als Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten bekannt und erschien mir deshalb vertrauenswürdig. Ich selbst gehöre dem Verband nationalgesinnter Soldaten nicht an. Ich bin zurzeit lediglich **Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.** Früher habe ich der Organisation Escherich, den Brüdern vom Stein, dem Verein Silberner Schild, dem Nationalverband Deutscher Offiziere und dem Deutschen Herold angehört." Auch mit einem früheren Mitglied der Brigade Ehrhardt, Wegelin, dem sächsischen Bevollmächtigten der bekannten Mordorganisation Consul, hat Rachner in Verbindung gestanden.

Die weitere Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, der Staudinger die Sprengstoffe zu geben und welche Zwecke damit verfolgt worden seien, erklärte Rachner: „Die Staudinger wandte sich an mich, weil sie wußte, daß ich genügend Beziehungen zu Kreisen habe, von denen sie annahm, daß es möglich sei, dort derartige Gegenstände zu finden. Die Staudinger versicherte mir, daß sie damit politische Ziele verfolge und daß die Sprengkörper entweder dem Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Rittmeister v. Broich, oder der Polizei übergeben werden sollten. (?) Bei der Hingabe des ersten Sprengkörpers handelte es sich darum, daß der Anschein eines Attentates bei einer Versammlung der NSDP. in dem Lokal „Drei Mohren" hervorgerufen werden sollte. Beim zweitenmal sollte die Handgranate bei einer Sonnenwendfeier der Deutschvölkischen Vereinigungen im Zunapark Verwendung finden. Es kam aber beim zweiten Mal nicht zu einer Verwendung, weil die ganze Veranstaltung verboten worden war."

Diese Aussagen genügen wohl, um zu beweisen, daß auch die sächsischen Deutschnationalen fleißig mit Attentaten und Scheinattentaten arbeiten, um durch Provokationen und Lockspitzeleien Unruhen hervorzurufen und dabei ihr Geschäft zu machen. Auch die sächsischen Deutschnationalen gehen dabei mit vollendeter Gewissenlosigkeit und ohne jede Rücksicht auf Menschenleben vor.

Wird einmal ein solcher Attentatsplan aufgedeckt, so suchen sie sich natürlich gegenseitig herauszulügen. Die sprengstoffdürftige Frau Staudinger ist dem sprengstoffbesitzenden Deutschnationalen Rachner durch den Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen, Rittmeister v. Broich, zugeführt worden. Aber natürlich hat der Rittmeister v. Broich gar keine Ahnung, was die Staudinger und was der Heinze von Rachner wollten und geholt haben. Und Rachner hat auch in der Untersuchungshaft mit derselben Wahrscheinlichkeit, mit der er behauptete, daß er die aufgefundenen Handgranaten nur als Zimmerdekoration habe verwenden wollen, versichert: „Mit Herrn v. Broich habe ich wegen der beabsichtigten Scheinattentate nicht verhandelt. Wir haben uns nur über die Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit der Staudinger unterhalten. Ich habe Herrn v. Broich auf die Unzuverlässigkeit der Staudinger aufmerksam gemacht. Er glaubte mir aber nicht und hielt die Staudinger für zuverlässig."

Hoffentlich gelingt es der sächsischen Polizei, über den Sprengstoffbedarf der deutschnationalen Geschäftsleitung restlose Aufklärung zu schaffen.

Herrn Losowsky!

Offener Brief an den Sekretär der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der Generalsekretär der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale, der auch hier in Halle rühmlichst bekannte Herr Losowsky, hat neben anderen Mitgliedern der Moskau-Partei die Behauptung verbreitet, der Internationale Gewerkschaftsbund erhalte Mittel aus bürgerlichen Quellen. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbunds hat darauf an Losowsky folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Losowsky!

Wiederholt haben an verantwortlicher Stelle stehende Mitglieder der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale wie auch der Kommunistischen Internationale Verdächtigungen in die Oeffentlichkeit gestreut, wonach die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Geldmittel von der Bourgeoisie bezieht. Vielleicht erinnern Sie sich noch, daß zum Beispiel Frau Klara Zetkin in einer Sitzung des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale behauptet hat, die seinerzeit vom Internationalen Gewerkschaftsbund dem italienischen Gewerkschaftsbund zur Stärkung seines Kampfes gegen den Faszismus zur Verfügung gestellten 50 000 italienischen Lire entstammten bürgerlichen Quellen.

Wir haben nun die Ehre, Ihnen nachstehend eine detaillierte Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben unserer Gewerkschaftsinternationale zu geben. (Folgt Aufstellung.)

Es erhellt also aus diesen Aufstellungen, die Sie in unserem dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom vorgelegten Tätigkeitsbericht finden, daß die Mittel des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausschließlich aus Beiträgen der Gewerkschaften und somit der internationalen Arbeiterschaft zusammengesetzt sind. Jede andere Behauptung geht irre oder liegt im Bereiche der Lüge und der Verleumdung.

Wir bitten Sie daher, unsere Aufstellung zur Kenntnis zu nehmen und wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns ebenso detaillierte und jeder Verschleierung bare Angaben über Einnahmen und Ausgaben der von Ihnen repräsentierten sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale machen wollten.

Wir zweifeln nicht, daß es Ihnen unschwer fallen wird, unserer Bitte zu entsprechen und danken Ihnen im voraus für Ihre geschätzten Bemühungen.

Mit internationalem Gruß,

für das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

Edo Fimmen, Sekretär.

Losowsky wird nicht antworten. Sonst müßte er mitteilen, daß es in Rußland eine Gewerkschaftsbewegung nicht gibt.

Brockdorff-Rantzau nach Moskau unterwegs. Der neuernannte Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, ist gestern abend nach dort abgereist.

Die Reparationskommission.

Heute mittag 12 Uhr Beginn der Verhandlungen unter Leitung des Reichskanzlers.

Berlin, 31. Oktober. Die Reparationskommission ist am Montagabend in Berlin eingetroffen. Heute mittag 12 Uhr wird der erste Empfang der führenden Kommissionsmitglieder durch den Reichskanzler stattfinden. Die Verhandlungen sollen jeweils von einzelnen Vertretern der Reparationskommission mit den einzelnen Ressorts der deutschen Regierung geführt werden. Das schließt natürlich Gesamtsitzungen nicht aus. Die Leitung der Besprechungen hat der Reichskanzler übernommen.

Die Vorbereitungen für die Besprechungen mit der Reparationskommission sind von den Ressorts der Reichsregierung am Montag abgeschlossen worden. Am Montagnachmittag beschäftigte sich eine Kabinettssitzung nochmals mit dem gesamten Fragenkomplex.

Die Parteiführer sollen von der Regierung über den Gang der Verhandlungen fortlaufend unterrichtet werden.

Neuordnung der Lehrerbildung.

Gesetzes-Entwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Lehrerbildung eingebracht. In dem Gesetz wird verlangt, daß die an öffentlichen und Privatlehranstalten anzustellenden Personen vor ihrer Ausbildung für das Lehramt eine höhere Lehranstalt (Vollanstalt, die zum ordentlichen Studium an den Hochschulen berechtigt) mit Erfolg besucht haben oder durch besondere Prüfung nachweisen, daß sie die auf einer solchen Lehranstalt vermittelte Bildung besitzen. Die Vorbildung für berufstechnische Lehrer und Lehrerinnen an Berufsschulen fällt nicht unter das Gesetz. Zur Berufsausbildung soll der Besuch einer Universität oder einer technischen oder künstlerischen Hochschule und praktisch-pädagogischen Schule erforderlich sein. Eine Verordnung, die innerhalb eines Jahres nach Erlaß dieses Gesetzes in Kraft tritt, soll die näheren Anordnungen für den Bildungsgang der Lehrer regeln. Die bisherigen Ausbildungsanstalten für Volksschullehrer und Lehrerinnen sollen aufgehoben werden, oder, spätestens im Schuljahr 1923/24 beginnend, klassenweise abgebaut werden. Die Befähigung als Lehrer oder Lehrerin an einer öffentlichen Lehranstalt soll bis zum 30. September 1929 noch nach den von den Ländern erlassenen Bestimmungen erworben werden können. Volksschullehrer und Lehrerinnen, die die bisherigen Ausbildungsanstalten besucht haben, sollen nach bestandener Seminarabgangsprüfung an den Universitäten und technischen Hochschulen des Reiches als ordentliche Hörer zugelassen werden und die Berechtigung haben, eine Abschlußprüfung in Pädagogik abzulegen.

Kein Eisenbahn-Defizit.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, haben sich die Einnahmen des ordentlichen Haushalts der Reichsbahn im ersten Rechnungshalbjahr 1922 (April bis September einschließlich) auf 92.24 Milliarden Mark belaufen — 10,55 Milliarden aus dem Personen- und Gepäckverkehr, 78,71 Milliarden aus dem Güterverkehr, 2,97 Milliarden aus sonstigen Quellen —, die Ausgaben auf 92,18 Milliarden. Im ordentlichen Haushalte der Reichsbahn ergab sich in dem genannten Zeitraum also sogar ein kleiner Ueberschuß. Die Reichsbahn hat trotzdem bei der Reichshauptkasse erheblich mehr abgehoben, als sie dieser Kasse zugeführt hat. Die Mehrabhebungen dienten den Bedürfnissen des außerordentlichen Haushalts, die durch Einnahmen nicht gedeckt sind, sowie den Gehaltsvorauszahlungen — Oktober bis Dezember — für die Beamten.

Japanische Flottenverminderung.

Herabsetzung des Marine-Budgets um 100 Millionen Yen.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus Tokio nimmt das Finanzministerium eine neue Herabsetzung des Marine-Budgets um 30 Millionen Yen vor. In den nächsten Jahren werde eine Gesamtherabsetzung von mehr als 100 Millionen Yen erfolgen.

Die Deutsche Hochschule für Politik begann am Montag ihr Wintersemester in Berlin. Unter den Vorlesungen finden wir u. a. verzeichnet: Dr. Rudolf Hilferding „Grundlagen der Politik", Abg. Prof. Dr. Waentig „Geschichte, Kultur und Politik der Japaner", Woldt „Nationale Wirtschaft und Berufsauslese". — Die Vorlesungen finden nachmittags zwischen 5 und 9 Uhr Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) statt.

Bonar Laws Sekretär. „Evening Standard" zufolge wird der Sekretär Bonar Laws Geoffrey Fry sein, der in der Friedensdelegation Mitglied der Prof. Keynes unterstellten Abteilung war und daher das Reparationsproblem eingehend kennt.

Die Lehrer vor hundert Jahren.

Ein interessantes Schriftstück, aus dem Ende des 18. Jahrhunderts stammend, enthält die Bitte eines Volksschullehrers aus dem Bezirk der Freien Reichsstadt Hall in Schwaben an den Magistrat dieser Stadt „um gnädige Schöpfung einer Fruchtbesoldung und großg. addition am Holz". Wir lassen die Eingabe im Wortlaut folgen. Sie lautet:

„Hochwohlgeborene, Hochadelgeborene
Hochedelgestrenge und Hochgelährte,
Fürstlichtig Hoch und Wohlweise,
Gnädig und Hochgebietende
H. Herrn Städt Meister und Rath!

Die hohe Sorgfalt und Protection, womit ein HochEdler und Hochweiser Magistrat nebst andern hohen patriotischen Anstalten auch die Schulen auf dem Land zu begnadigen pflegen, flößt mir den Mut ein, mich in vorliegend Unterthänigen Bittschrift, Hochdenselben zu Füßen zu legen.

Unter der Hilfe und Beystand Gottes habe ich mein beschwerliches officium, ohne eigene Ruhms Bewmessung bisher deregestalt wohl versehen, daß die jedesmalige Hochauverehrende Herrn Kirchen-Visitatores, ihre hohe Zufriedenheit, sowohl über meine Kirchliche als Schul Verrichtung, zu bezeigen geruht: Zudem wird die Sommer Schule, nach Hoch Obrigkeitl. Verordnung, bey mir unausgesetzt fortgehalten, so daß ich mir auch in diesem Stück keines Vorwurfs besorgen darf.

Alleine! Theuerste Landes Väter! bei diesen Umständen kann ich nicht umhin, Hochdenselben unterthänigst vorzutragen, daß ich also, ein Mann, der eine Frau mit 6 Kindern zur Versorgung hat, mich bis hero nicht ohne Schaden derer Meinigen, betrug, mit dem fixen Gehalt von 25 fl. Geld, und nieualänolich Vier Clattern Holz zu einheizung zweier Stuben, worzu ich alljährl. von 6—8 fl. erkaufen muß, da noch die mehreste Schulmeister Jährl. 6—8 Clafter Holz bekommen. So bekomme ich auch nur in Drey Ortschaften auf der Ebene gegen 60 Fruchtgarben, und eben soviel Laib Brod wovon ich kaum das halbe Jahr zu eßen habe. Die Drey Ortschaften im Thal, wie auch die Comburgische und Edelmännische Unterthanen in Reinsperg und Rudelsdorf reichen keine Garben oder Brod, und zahlt das Gemeind Recht nur 3¼ kr. Mösners Geldt, auf das ganze Jahr. Ermangle auch irgend einigen Besitz oder Genuß eines Plätzchen Reßes oder Wiesen Stück, das zum SchulDienst gehörte oder anständig wäre.

Einen Hoch Edelgebohrnen Magistrat, bitte ich daher, in Tiefster Unterthänigkeit, die Hohe Gnade vor mich zu haben, und mir gleich andern meines Berufes, zu gewähren, eine selbst gefällige gnädige Frucht Besoldung zu schöpfen, in Ansehung des Holzes aber, zu den bereits gaudierenden 4 Clattern, noch so vieles gnädig zu addiren geruhen, daß ich damit jährlich auskommen kann. Ich werde meine einzige Bemühung dahin richten, mich der mir hierdurch zugehenden Hoch Obrigkeitl. besonderen Gnaden Bezeigungen von Zeit zu Zeit würdig zu machen.

Der ich sofort in tiefster Ehrfurcht verharre:

Eines Hoch Edelgebohrenen Magistrats
Unterthänigen Knecht
Johann Leonhard Michael Frey,
Schulmeister in Reinsperg.

In dieser kindlich-demütigen Stellung möchte die Klerisei die Volksschullehrer heute noch haben. Von solchen Lehrern möchte sie noch heute die Kinder der Arbeitereltern unterrichten lassen. Und leider gibt es noch Mütter und Lehrer, die das nicht einmal einsehen und mithelfen, wieder zu Knechten gestempelt zu werden.

Hallisches Kunstleben.

2. Philharmonisches Konzert.

Das 2. Philharmonische Konzert am Montagabend im Thalia-Saal erhielt seine Bedeutung durch eine auf bemerkenswerter Höhe stehende Aufführung von Gustav Mahlers „Lied von der Erde". Die Leitung hatte Dr. Georg Göhler. Man weiß, wie innig Göhler mit dieser Musik verwachsen ist und mit welcher Liebe er sie gestaltet. Wir hörten das Lied gestern zum erstenmal in Halle, und trotzdem verließ uns nicht der Gedanke, man sollte uns dieses Lied nicht zu oft singen. Es fällt schwer, heutzutage schwerer denn je, sich dieser niederdrückenden Stimmung schmerzlich-hoffnungsloser Resignation ohne inneren Widerspruch hinzugeben. Musik ist nun einmal eine Kunst mit der Tendenz nach oben. Stärkstes verleugnet sie nie. Kein Wunder, daß das „Lied von der Erde" sich, rein künstlerisch betrachtet, als kein starkes erweist. Es kann, wenn man es (in der rechten Verfassung) kennenlernt, ein Erlebnis sein, aber es wird nie zu einem Lebensbürfnis werden. Georg Göhler hat während seiner Dirigententätigkeit in Leipzig Mahler zu manchem Sieg verholfen. Er war gestern abend dem schwierigen Werk ein sicherer Interpret. Diese sinfonische Dichtung nimmt unter Mahlers Werken insofern eine besondere Stellung ein, als hier mit einer für den Komponisten durchaus nicht verwöhnlichen formellen Konzentration und Sparsamkeit gearbeitet wird. Gerade darum aber offenbart sich der seelische Reichtum dieses gedankentiefen Musikers in schönster Weise. So schnell auch die einzelnen Sätze vorübergehen: die Stimmung eines jeden wird restlos erschöpft. Nur ein Meister vermag mit so wenig Strichen so viel zu geben; eine schlichte Flötenmelodie sagt hier oft alles, was zu sagen ist. Problematischer ist die Behandlung der Stimmen vor allem der Tenorstimme. Es ist möglich, daß Mahler hier, wie vor ihm viele Komponisten in besonderen Fällen, an einen bestimmten Sänger gedacht hat, dessen Stimmmittel ungewöhnlich groß gewesen sein müssen. Zwei der Tenorlieder („Das Trinklied vom Jammer der Erde" und „Der Trunkene im Frühling") sind jedenfalls nur für einen ausgesprochenen Heldentenor langbar. Der Altenburger Tenor Rudolf Balve mußte sich mit den Liedern abfinden und konnte hauptsächlich mit dem dritten („Von der Jugend"), das ganz auf Lyrik gestellt ist, größere Wirkung erzielen. Die Hamburger Altistin Maria Olszewska dagegen fesselte, wenn auch gleichsam außerhalb des Werkes, dessen Geistigem sie manches schuldig blieb. Ihr herrlicher geschmeidiger Mezzo klingt jugendlich unberührt, ihr Gesang labt das Ohr. Aber ihre Kantilene ist nicht lückenlos und das Wort wird allzusehr dem rein Tonlichen geopfert.

Neben Mahlers Werk enthielt die Spielfolge noch im ersten Teil Wagners Ouvertüre und Bacchanale „Tannhäuser" (1861) und Modest Moussorgskis „Lieder und Tänze des Todes". Das „Tannhäuser"-Bacchanale ist jenes erweiterte Venusberg-Ballett das Wagner für die große Oper in Paris nachkomponierte 16 Jahre nach der Dresdener Uraufführung. Die allbekannte Ouvertüre ist in der Bearbeitung stark gekürzt und leitet, ohne abzubrechen, direkt in die erste Szene über, wo Tannhäuser in den Armen der Venus ruht. Die Interpretation Göhlers war hier prächtig, namentlich ihr rhythmischer Beziehung. Das wesentlich verstärkte Stadttheaterorchester war gut eingespielt und technisch völlig zuverlässig. Moussorgski ist schon 41 Jahre tot. Gestern kamen seine „Lieder und Tänze des Todes" zur Erstaufführung. Erst seit wenigen Jahren erkennt man des Russen Eigenart und Bedeutung als Liederkomponist.

So gab der gestrige Abend in der Philharmonie Gutes und Bestes. Das ganze Haus war von einer außergewöhnlichen Hochspannung musikalischen Kunstwillens ergriffen. Das Publikum war enthusiastisch begeistert und spendete entsprechend Beifall.

Dr. H. G.

Stadttheater. Die Erstaufführung von „Margarethe" (Kauß), Oper frei nach Goethe von Jules Barbier und Carré, Musik von Ch. Gounod, findet am Freitag, 7½ Uhr, statt. Spielleitung: August Roeßler; musikalische Leitung: Oskar Braun. Heute 7½ Uhr werden „Esther" von Grillparzer und „Die Torgauer Heide" von Otto Ludwig zum ersten Male wiederholt. Mittwoch: „Der fliegende Holländer". Donnerstag: „Die versunkene Glocke" von Gerhart Hauptmann. Sonnabend: „Volensblut", Operette von Nebbal. Sonntag: „Die Bohème", Oper von Puccini.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0002

Gewerkschaftliches.

Achtprozentige Erhöhung der belgischen Bergarbeiterlöhne.

Mangel an Arbeitskräften in der belgischen Kohlenindustrie.

Der paritätischen Kohlenkommission ist bereits vor mehreren Wochen seitens der Arbeiterdelegierten ein Antrag auf Erhöhung der Löhne zugegangen. Die Unternehmer widersetzten sich und verlangten eine Untersuchung über die Kohlenpreise und die Löhne. Ehe jedoch das Resultat der von der Kommission angeordneten Enquete vorlag, gaben die Unternehmer plötzlich ihre Zustimmung zu einer achtprozentigen Lohnerhöhung.

In der belgischen Kohlenindustrie macht sich nämlich seit der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Namentlich die Metallindustrie zeigt jetzt eine anwachsende Aktivität. Die große Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, die eine Folge der industriellen Krise und der von Versailles ausgehenden Friedenspolitik war, im Verein mit den schlechten Arbeitsbedingungen, hatten einen erheblichen Prozentsatz von Bergarbeitern in andere Berufe und Industrien getrieben. Mit der Erhöhung der Löhne, der eine Erhöhung der Kohlenpreise nachfolgen wird, hoffen die Unternehmer dem Mangel an Arbeitskräften abhelfen zu können.

Im Zeichen steigender Teuerung.

Eisenbahner-Teilstreik in der Pfalz. — Die Novembergehälter der Beamten.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner hat im Lande, obwohl nach wie vor die Erregung und Nervosität über das neue Springen der Preise groß sind, keine Verschärfung erfahren. In der Pfalz, z. B. in Kaiserslautern, gab es einige lokale Ausstände, die bis auf einige kleine Splitter beigelegt wurden. Stellenweise wurden die Strecken stillgelegt. Die Besatzungsbehörden fordern restlose Durchführung des Betriebes.

Am Dienstag beginnen die Verhandlungen über die Novemberlöhne der Arbeiter und am Mittwoch die über die Novembergehälter der Beamten. Der Streik über eine Oktober-Ersatzzahlung soll durch eine erträgliche Lösung beigelegt sein. Am Montagabend traten die Spitzenorganisationen zusammen, um die Höhe der Forderungen festzusetzen.

Um Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung ersucht

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat den Reichsarbeitsminister ersucht, der Reichsregierung eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung entsprechend der gegenwärtigen Geldentwertung vorzuschlagen. Ferner wird um die Erhöhung des Existenzminimums gebeten. Die letzte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erfolgte am 1. August 1922.

Das Exekutivkomitee der Transportarbeiter-Internationale hat die Aufnahmegesuche der lettischen Eisenbahnerorganisation und des dänischen Heizerverbandes genehmigt. Der polnische Eisenbahnerverband hat seine Aufnahme in die Internationale beantragt.

Aus aller Welt.

Schwere Kohlenstaub-Explosion.

Fünf Arbeiter getötet, 21 verletzt. — Die erste Kohlenstaub-Explosion über Tage.

Bochum, 30. Oktober. Montag morgen gegen 6½ Uhr hat sich auf der Zeche „Bruchstraße" eine Kohlenstaubexplosion über Tage ereignet, bei der nach den bisher vorliegenden Nachrichten fünf Arbeiter getötet und 21 schwer oder minder schwerverletzt wurden. Die Explosion ist wahrscheinlich von dem unter einer Kohlenwippe lagernden Kohlenstaub ausgegangen, die außer Betrieb war. Die Ursache der Explosion dürfte auf Kurzschluß zurückzuführen sein, da in der Nähe der Kohlenwippe ein Elektromonteur mit Reparaturen beschäftigt war. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. — Soweit bekannt, handelt es sich um die erste Kohlenstaubexplosion über Tage.

Raubmordversuch im Frankfurter D-Zug.

Ein Amerikaner überfallen und beraubt.

In einem Abteil 1. Klasse des D-Zuges, der gegen Mitternacht in Frankfurt a. M. eintrifft, wurde der Amerikaner James Sauerwein mit zahlreichen Stichwunden im Kopfe bewußtlos aufgefunden. Das Verbrechen muß zwischen den Stationen Niederlangstein und Frankfurt verübt worden sein, da Sauerwein erst dort den Zug bestiegen hat. Der Zustand des Ueberfallenen gibt zu Bedenken Veranlassung. Was und wieviel geraubt worden ist, läßt sich noch nicht sagen, da Sauerwein vorläufig vernehmungsunfähig ist.

Zugzusammenstoß.

Zwölf Verletzte.

Düren, 30. Oktober. Auf dem Bahnhof Grevenbroich stieß ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen, da dieser das Halt zeigende Einfahrtssignal überfahren hatte. 12 Personen, darunter 5 Eisenbahner, wurden leicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umleitung und durch Umsteigen aufrechterhalten.

Gerüsteinsturz. Montag morgen ereignete sich im Treppenhause der Allianz-Versicherungsgesellschaft, Mauerstraße 16/18, ein Gerüsteinsturz, wobei fünf Personen zu Schaden kamen. Zwei davon sind schwer, die anderen leichter verletzt. Als der Maurerpolier mit einem Arbeiter und drei Maurern auf dem Gerüst stand, gab plötzlich die Rüstungsdecke nach und stürzte mit den fünf auf ihr stehenden Personen aus dem dritten Stockwerk in das Treppenhaus hinab. Die Schuldfrage konnte bis zur Stunde noch nicht aufgeklärt werden.

Ungetreuer Buchhalter. Wie die Breslauer Abendblätter melden, ist der Buchhalter des Lobe-Theaters namens Groß am Freitag mit 800 000 Mk. flüchtig geworden. Er wird steckbrieflich verfolgt.

Explosionskatastrophe. Aus Hamburg wird gemeldet: Nach Mitteilung der Marinedienststelle wurden infolge Platzens eines Oeldruckrohres auf dem Torpedoboot T 196 drei Unteroffiziere und ein Mann schwer, zwei weitere Mannschaften wurden leicht verletzt.

Aus der Provinz.

Der Landtag der Provinz Sachsen.

Notwendige Personalveränderungen.

Merseburg, 30. Oktober.

Der zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufene Landtag der Provinz Sachsen wurde heute vormittag 9½ Uhr durch den Oberpräsidenten Genossen Hörsing mit einer Ansprache eröffnet. Am Tage zuvor hielten der Provinzial-, der Haushalts- und auch der Elektrizitätsausschuß Sitzungen ab, in denen es durchweg zu längeren Auseinandersetzungen über die Nachtragsumlage, zu deren Bewilligung der Landtag in der Hauptsache einberufen worden war, kam. Der Provinzialausschuß hatte auch Stellung zu nehmen zu der Wahl eines Landesrates, dem außer dem Finanzdezernat auch die Stellvertretung des Landeshauptmanns übertragen werden soll. Von den 148 Bewerbern sollen zwei zur engeren Wahl gestellt werden, und zwar an erster Stelle der Geh. Regierungsrat Dr. Hübener, zurzeit im Handelsministerium, an zweiter Stelle der frühere Landesrat Küsel (Königsberg.) Diese Tatsache hat unter den bisherigen Landesräten der Merseburger Provinzialverwaltung eine kleine Palastrevolution zur Folge gehabt, die sich dadurch äußerte, daß Geh.-Rat Stomati, der etwa 18 Jahre lang die Stellvertretung des Landeshauptmanns versah, die schriftliche Erklärung abgab, unter einem neuen, noch dazu von auswärts herangeholten Landesrat nicht weiter wirken zu können. Reg.-Rat Hennicke, Dezernent für das Fürsorgewesen, hat plötzlich einen Schlaganfall erlitten, von dem er sich kaum wieder so erholen dürfte, daß er mit ganzer Kraft sich der immer schwieriger werdenden Aufgabe widmen könnte. Da unsererseits darauf gedrängt wird, daß dieser Landtag über die Nachfolge des unter so merkwürdigen Umständen ganz plötzlich unheilbar geisteskrank gewordenen Landesbaurats Linsenhof unter allen Umständen Klarheit schaffen soll, so sind in nächster Zeit umfangreiche — längst notwendige Personalveränderungen zu erwarten.

Nach kurzen getrennten Tagungen der beiden bisherigen sozialistischen Fraktionen trat die Fraktion der USPD. abends 8 Uhr zur ersten gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Konstituierung vorzunehmen. Sämtliche zwölf Mitglieder der bisherigen USPD. erklärten ihren Beitritt zur VSPD., so daß die neue Fraktion jetzt mit insgesamt 37 Mitgliedern die weitaus stärkste des Landtags ist. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Bergemann (Merseburg) und Kasparek (Halle), zum Schriftführer Genosse Scholz (Erfurt), zum Kassierer Genosse Garbe (Halle), zum Beisitzer Genosse Beims (Magdeburg) gewählt. Die Fraktion beschloß, verschiedene Anträge zu stellen.

*

Nachdem am Sonntag die Ausschüsse beraten und die Fraktionen Sitzungen abgehalten hatten, trat am Montag der Provinziallandtag zur ersten Vollsitzung zusammen.

Oberpräsident Genosse Hörsing eröffnete im Auftrag der Staatsregierung die Tagung, die durch die wirtschaftliche Lage erforderlich geworden sei. Er berief Abg. v. Wilmowski zum Alterspräsidenten. Durch Namensaufruf wurde die Anwesenheit von 108 Abgeordneten festgestellt. Da Abg. Kurtum nachträglich noch erschien, fehlte nur Abg. Lampe, Landwirt im Kreise Salzwedel.

Wahl des Präsidiums.

Abg. Trittel (Dem.) schlug die Wiederwahl des Abg. Beims als Präsident, die des Abg. Dr. Zehle (Volksp.) als Stellvertreter vor, da die Deutschnationalen mit der Volkspartei zur Bürgerlichen Vereinigung zusammengetreten seien, die damit die zweitstärkste Fraktion geworden sei. Abg. Kurdius (Dn.) stimmte dem Vorschlage zu, ohne auf die weiteren Ansprüche seiner Fraktion zu verzichten. Abg. Baier (Komm.) trat für die Wiederwahl des vorigen Präsidiums ein, in dem Abg. Fiedler (Komm.) Vizepräsident gewesen war. Da dieser Vorschlag einen Widerspruch gegen die Wahl durch Zuruf bedeutete, mußte Zettelwahl erfolgen. Es fielen auf Beims 106 Stimmen, auf Kasparek eine, ungültig waren 2 Stimmen. Bei der Wahl des Vizepräsidenten erhielten Dr. Zehle 76, Fiedler 31 Stimmen; 2 waren ungültig.

Als die sozialdemokratischen Fraktionen die Vorschläge für die Schriftführer und Beisitzer machten und dazu auch zwei Kommunisten vorschlugen, ließen diese erklären: nachdem die soeben vollzogene Präsidentenwahl ergeben habe, daß auch hier, wie im Reiche, die Sozialdemokratie die große Koalition eingegangen sei, verzichteten sie auf eine Vertretung im Präsidium. Durch Zuruf wurden darauf die Abgg. Dr. Augstin, Koerlin, Lotz und Vogl zu Schriftführern, die Abgg. Löffler, Schmidt und Winrich zu Beisitzern gewählt. Der Landtag ehrte den verstorbenen Abg. Lohn (Soz.) durch Erheben von den Sitzen. An seine Stelle ist Arbeitersekretär Klotsch getreten. Ausgeschieden ist auch Konefke (Komm.), für den Bergarbeiter König (Herzberg) eingetreten ist.

Bei Festlegung der Tagesordnung schlug der Präsident vor, die Vorberatung der Aenderung der Besoldungsordnung mit der damit zusammenhängenden Wahl eines Stellvertreters des Landeshauptmanns dem Haushaltsausschuß zu übertragen. Abg. Kurdius wollte die Wahl einem besonderen Ausschuß überwiesen wissen. Das ganze Haus verstand recht wohl, daß dieser Antrag bezweckte, die seit Jahr und Tag schwebende Angelegenheit noch weiter zu verzögern und damit die dringend nötige Blutauffrischung in der Provinzialverwaltung zu verhindern. Bei der Abstimmung erhoben sich für den Antrag außer der Bürgerlichen Vereinigung (Deutschnationale und Volkspartei) nur die Kommunisten, die soeben den Kato gemimt und der Sozialdemokratie die angebliche Seelenverwandtschaft mit der „großen Koalition" vorgeworfen hatten. Unter großer Heiterkeit ergab die Auszählung, daß der Antrag Kurdius trotz der kameradschaftlichen kommunistischen Hilfe mit 52 gegen 53 Stimmen abgelehnt worden war. Die kommunistische Liebesdiat war umsonst gewesen. Vielleicht kommt auch für die Kommunisten noch der Tag, an dem sie den Sinn des Wortes verstehen: „Selbst der Selbstmord wird zum Laster, wenn er zur Gewohnheit wird."

Für die von der Sozialdemokratie beantragte sofortige Besetzung der Stelle eines Landesbaurats, dem auch das Kleinbahnwesen unterstellt ist, sowie für andere Vorberatungen wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. — Um den Ausschüssen Gelegenheit zu geben, ihre Beratungen abzuschließen, fiel Montag nachmittag die Vollsitzung aus. Die Beratungen sollen, wenn möglich, heute, Dienstag, zu Ende geführt werden. Auf der Tagesordnung stehen außer Nachforderungen weitere Bewilligungen zur Förderung des Wohnungsbaues, des Elektrizitätswesens und der allgemeinen Fürsorge.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr.

Die Schutzpolizei im Merseburger Bezirk als Instrument der Republik.

Aus den Kreisen der unteren Beamtenschaft der Schutzpolizei gehen uns folgende beachtliche Zeilen zu:

Die Herren von der Schutzpolizei, die sich unter der Amtstätigkeit des Herrn v. Gersdorff wohlfühlten, potzwendend die vom Beherrscher des Regierungsbezirks Merseburg angespitzten Pfeile weiterleiteten und jeden republikanisch denkenden Unterbeamten verbannt oder gemaßregelt haben, bringen nun wieder ihre republikanische Seite zum Vorschein. Jetzt, wo auch in der Zentrale des Regierungsbezirks Merseburg ein neuer zeitgemäßer Geist seinen Einzug gehalten hat, entschuldigen die Herren ihre bisherige reaktionäre Tätigkeit und Vergewaltigungsmethoden gegenüber republikanisch denkenden Unterbeamten damit, daß sie unter der Aufsicht des Herrn v. Gersdorff doch nicht anders gekonnt hätten. Noch vor wenigen Wochen konnte man diese Herren bei Regiments- und Stahlhelmfeiern über reaktionäre Reden jubeln sehen. Heute, wo sie ahnen, daß unsere Regierung sich doch nicht auf der Nase herumtanzen läßt und sich keine Henkersknechte oder Peitschen für den eigenen Rücken züchten will, schieben sie die Schuld dem zu, der nichts mehr ist. Jetzt wollen sie alle plötzlich die überzeugtesten Republikaner sein. Hoffentlich beurteilen die vorgesetzten Dienststellen diese Herren „Offiziere" nur nach dem, was war. Sollten Zweifel in der richtigen Beurteilung sein, dann werden die treu auf dem Boden der Verfassung stehenden Unterbeamten schon die richtige Beurteilung abgeben. Wenn auch nach dem Schutzpolizeibeamtengesetz — übrigens eine Ausgeburt in der Art, was man in der Zoologie mit „Bromenadenmischung" bezeichnet — der Untergebene von dem Urteil seiner Vorgesetzten abhängt, so wäre einmal die Frage aufzuwerfen, wer beurteilt denn eigentlich die Vorgesetzten? Hierzu dürften wohl einzig und allein die Untergebenen durch ihre Beamtenausschüsse das richtige Urteil abgeben können. Die Schutzpolizei ist eine Schöpfung der Republik. Die Republik sollte den Republikanern gehören, wie die Monarchie den Monarchisten gehört hat. Aber leider gehört die Republik auch heute noch den Monarchisten. Man braucht sich nur einmal die Kommandostelle und sonstige Zentralstellen bei der Schutzpolizei genauer ansehen. Man kann die Entdeckung machen, daß dort durchweg nur die Herren ehemaligen aktiven „Offiziere" sitzen, für die das Wort Republik ein Fremdwort ist. Wenn die Schutzpolizei das sein soll, was die Regierung verlangt, nämlich ein zuverlässiges Instrument zum Schutze der Republik, dann muß mit eisernem Besen das Land reingefegt werden; aber sehr bald, denn sonst ist es zu spät. Als unser Genosse Severing sagte, daß, ehe die Schutzpolizeibeamten zum Berufsbeamtentum überführt werden könnten, noch eine ganze Reihe unqualifizierte Beamte ausscheiden werden müßten, sprach er das richtige Wort. Wir Unterbeamten wissen, wer ausgeschieden werden muß. Wenn es darauf ankommt, die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu gestalten, darf die untere Beamtenschaft der Schutzpolizei nicht übergangen werden.

Bockwitz. Richtigstellung! In unserer gestrigen Nummer erschien im Vereinskalender die Ankündigung einer Generalversammlung des Konsumvereins für Donnerstag, den 2. November, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus". Das war ein Irrtum. Gemeint war die Generalversammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Genossen, sorgt für guten Besuch!

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Druck und Verlag: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle/S. Harz 42/44.

Beste Qualitätswaren
billigste Preise
enorme Auswahl

sind nach wie vor
schlagende Beweise
unserer anerkannten
Leistungsfähigkeit.
Unsere Auslagen überzeugen Sie davon
Geschäftshaus J. Lewin Marktplatz 2-3
Gründung 1859

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0003

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

„Henko" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz. Alleiniges Herstellerin: Henkel & Cie., Düsseldorf. 672

Versammlungsanzeiger

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Zimmer 28 Fernruf 1029

Falkenberg. Mittwoch, den 1. Novemb., abends 8 Uhr, im Vereinszimmer des „Preußischen Hofes" (Steffen): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Einigungsparteitag in Nürnberg und Parteitag in Augsburg. 2. Die Unterbezirkskonferenz. 3. Verschied.

Liebenwerda. Freitag, den 3. Novemb., abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone": Monatsversammlung. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Merseburg. Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Rotsheller" Unterbezirksvorstandssitzung. Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

Merseburg. Donnerstag, den 2. Nov., abends 8 Uhr, im Parteibureau: Funktionärsitzung.

Zörbig. Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr, bei Gen. Schröter, Bismarckstr. 7: Mitgliederversammlung.

Vereinsanzeiger

Halle.

Die Naturfreunde. Heute Dienstag, Gruppenabende. Süden: Torstraßen-Schule. Mitte: Heim Laurentiusstraße. Norden: Wirteskindschule. – Sonnabend abend 7 Uhr, im kleinen Saal des „Volksparks": 1. Geselliger Abend. Bringt Instrumente mit!

Delitzsch.

Gewerkschaftskartell. Mittwoch, den 1. November: Vortrag über das moderne Arbeitsrecht (Kollege Gutmann, Bitterfeld). Wahl zur Betriebsrätekonferenz in Halle. Alle Gewerkschafts- und Parteifunktionäre müssen erscheinen. Der Vorstand.

Merseburg.

Bauarbeiter. Donnerstag nachmittag, im „Heiteren Blick" in Leuna: Sitzung der Baudelegierten des Leunawerks. Delegiertenausweis mitbringen. – Abends 6 Uhr in der „Funkenburg" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen in Halle. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschl.

Donnerstag, den 2. November, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Erste gemeinsame

Mitglieder-Versammlung

der beiden bisherigen Ortsvereine.

Tagesordnung:

1. Die Vereinigung der sozialistischen Parteien und die politische Lage. Referent: Parteisekretär Georg Petersdorff.
2. Wahl des neuen Vorstandes.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung, ist das Erscheinen sämtlicher Genossen unbedingt notwendig.

Bringt Eure Frauen mit!

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

U.T Leipzigerstrasse 88 | **W.T** Walhalla-Lichtspiel-Theater | **U.T** Alte Promenade 11a

Die drei Riesenprogramme der Ufa-Theater bringen einen Riesenerfolg!

LYA MARA
Erich Kaiser-Tietz in dem großen Filmwerk
Die Erniedrigten und Beleidigten
Glück und Leid eines Kindes in 5 Akten.
Nach d. gleichnamigen Kindertragödie von Dostojewski.
Hochzeitsreise-Abenteuer.
Goldwin-Komödie in 2 Akten.
Beginn 4 Uhr.

Die Strandnixe.
Filmoperette in 5 Akten mit Lilly Flohr, Joseph Kommer. Unter Mitwirkung d. Herrn Kapellmeisters Gloeckner, Frau Opernsängerin Gloeckner, Herrn Opernsänger von Stenglin.
Kapital und Geist.
5 Akte aus einer kleinen Republik.
Beginn der I. Vorstellg. 5 Uhr.
Beginn der II. Vorstlg. 8 Uhr.

Gunnar Tolnaes
in dem großen Filmwerk in 6 Akten:
Der Liebling der Götter.
Asta Nielsen Paul Wegener
in dem neuen 5-Akter der Ufa:
Vanina
oder:
Die Galgenhochzeit.
Beginn 4 Uhr.

Most.
Eine gute deutsche Schokolade 299

Stadttheater.
Mittwoch den 1. Novemb., Anf. 7½, Ende 9½ Uhr:
Der fliegende Holländer
von Richard Wagner.
Donnerstag: 682
Die versunkene Glocke.

Portemonnaies
in Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19
Lederwaren-Spezial-Geschäft

Keine Prahlerei! Zu wirklich hohen Preisen kaufe sämtliche Edelmetalle und deren Abfälle
Gold- | Bruch, Barren, Uhren, Bestecke, Ketten usw.
Silber-
Platin- | Zahngebisse, Brennstifte, Bleche usw.
Doublee-Abfälle
Bitte überzeugen! Metallkontor
A. Abramowitz, Schmeerstraße 14. I. 5

Alle Sorten
Felle
kauft 682
zu allerhöchsten Preisen
J. Hahn & Co.
Marktstr. 2. Tel. 5765.

+ RAT +
für Frauen 543
alle hygien. Artik., Tropf., Tee, Gummiwaren usw. Bei Anfrag. Rückporto erbet.
Versand Germania, Halle S. 4, Landsberg. Str. 5.

674

Am eigenen Hemd
erfuhr ich's, daß durch scharfe Bleichwaschpulver die Wäsche brüchig wird. Seifenpulver **Schneekönig** schont die Wäsche.

Prima
Herren-Gummi-Mäntel
von 6500 Mk. an.
Lodenmäntel
von 4650 Mk. an.
In allen Grössen am Lager.
G. Assmann,
Grosse Ulrichstrasse 49. 689

Edelmetalle
In Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brennstifte, Gebisse
Ueberbiete jeden inserierten Preis!
Sparmann, Uhrmacher
Große Steinstraße 47. 681

Auf Kredit
liefern wir Ihnen zu günstigen Bedingungen:
Damen- Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Strickjacken, Jumper
Herren- Raglans, Ulster, Paletots, Anzüge. 190
Carl Klingler, 11! Leipziger Straße 11! nur 1 Treppe Eing. Sandberg.
Kein Laden, nur 1. Etage.

ZOO ZOO
Mittwoch, den 1. November, abends 7 Uhr:
Grosser Ball.
Volles Orchester. Leitung: Musikmeister Seifert.

Konsum-Verein Bennstedt und Umgegend, e. G. m. b. H., in Liquidation.

In der am 19. August 1920 stattgefundenen Generalversammlung wurde die Auflösung unserer Genossenschaft zwecks Verschmelzung mit dem Konsum-Verein Teutschenthal und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, beschlossen. Wir fordern hiermit alle Gläubiger, welche noch Forderungen an unseren Verein zu stellen haben, auf, ihre Forderungen einzureichen.

Bennstedt, den 17. Oktober 1922.

Die Liquidatoren:
Friedrich Rosenkranz. Wilhelm Letsch.
684 Karl Korto.

Alte Gebisse,
die vor dem Kriege gefertigt und Platinzähne enthalten, haben einen hohen Wert.
Ich zahle für einen
Zahn 500 Mk. und mehr,
geknöpfte weniger. 692
Wertenschätzung kostenlos.
Reelle Bedienung zugesichert.
F. Backhausen
Bäbergasse 4 I. links.

Gold-Silber-Platin-Bruch
kauft bei einem Dollarstand von 4000 Mk.:

Gold 585er gest.	1200 Mk.	pro Gramm
Gold 333er gest.	650 Mk.	pro Gramm
Silber 800er gest.	55 Mk.	pro Gramm
Silber 750er gest.	50 Mk.	pro Gramm

694 Platin 9000 Mk. pro Gramm.
Hauffe, Brüderstr. 9a (am Markt).

Möbel
auf
Teilzahlung!
Große Auswahl kompletter Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polstermöbel, Kleiderschränke, Vertikos, Nähtische, Korbmöbel, Stühle usw. usw.
Leichte Zahlungsweise — Bequeme Monats- oder Wochenraten.
Eichmann & Co.
Große Ulrichstr. 51
Eingang Schulstr.

Auktionen
Donnerstag, den 2. Nov., vorm. 9 Uhr, werden auf dem hiesigen Empfangsschuppen die
herrenlosen Güter
öffentlich meistbiet. gegen Barzahlung versteigert
U. a. Neue Ausstattungswäsche, 2 zugerichtete Fuchsfelle. 608
Staatsb. Güterabfertigung

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene, durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene und für im Wachstum gehemmte Kinder.
Ueberall erhältlich! Alleinige Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. S.
Versandstelle: Gr. Steinstr. 86.

Uhren- u. Gold-Reparaturen
Billigste Preisberechnung. Gebr. Taschenuhren zu billigst. Preisen.
Hermann Koch, Uhrmacher
Pfännerhöhe 1. 671

Kaufe
Platin-
Gold-
Silber-
Doublé-
Waren! Uhren!
Alte Münzen nach Dollarkurs.
Alte Wecker.
E. Lossier
Uhren und Goldwaren
Reparatur-Werkstatt
Glaucharer Str. 75. II. 1.

Möbel steigen riesig!
Verkaufe noch billig:
Speisezimmer, Schlafz., Küchen, Kriegsersatzküche, Vertikos, Ausziehtische, Stühle, engl. Bettst. mit Drell-Matratzen, Sofas, Spiegel. 676
Alles in großer Auswahl.
Otto Thormann, Brüderstr. 14.

Partei-freunde
kauft an Bahnhöfen verlangt in Hotels Restaurants, Cafés stets das
„Volksblatt".

Größte Auswahl, billigste Preise!
Holzbettstellen
Metallbettstellen
Kinderbettstellen
Kinderwagen
Patentmatratzen
Auflegematratzen
Erstes Spezialgeschäft a. Platz
BRUNO PARIS,
Kleine Ulrichstraße 2
Eingang Kanzleigasse

Uebe meine ärztliche Praxis
Grosse Steinstr. 47
(neben Walhalla) aus!
Dr. med. Meding
prakt. Arzt und Geburtshelfer.
Sprechstunde 9–11, 3–5. Fernruf 4059.
Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihm zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank den Angestellten und Meistern sowie seinen Arbeitskollegen für die reichen Spenden. Dank Herrn Pastor Kunitz für seine Trostesworte.

Halle a. S., den 31. Oktober 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen

Wwe. Karoline Lüttich,
geb. Andreas,
nebst Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 31. Oktober 1922.

An unsere Leser!

Der Bezugspreis im November.

Obwohl unsere Leser und Leserinnen die gewaltigen Steigerungen der Preise aller Waren in den letzten Wochen und Tagen mit erlebten und danach auch eine Erhöhung des Zeitungsbezugspreises erwarten, müssen wir seiner Bekanntgabe dennoch wieder einige Sätze voranschicken. Dabei kommt es uns nicht darauf an, auf die Ursachen der Preisbildung einzugehen, denn die kennen die Leser selbst, sondern es liegt uns daran, die Auswirkung der abermaligen Steigerung zu erwähnen.

Bei den Papierpreisen, die wir für November zu erwarten haben, wird die reichliche Hälfte des Bezugsgeldes, nach Abzug des Trägerlohns, für die Papierbeschaffung erforderlich sein. Das Skandalöseste dabei ist noch, daß die Verleger den November-Papierpreis erst im Laufe des kommenden Monats und, wie es im Oktober war, den Preis für die zweite Monatshälfte erst nach dem 15. erfahren, während der Verlag selbst noch vor dem Ersten den Bezugspreis für den Monat ankündigen muß und mit nachträglichen Erhöhungen nicht kommen kann.

Das gleiche gilt von den Herstellungskosten der Zeitung. Die Löhne und Gehälter für Monat November sind noch nicht bekannt, und dennoch müssen sie mit durch das im voraus festgelegte Abonnementsgeld gedeckt werden. Die gesteigerten und sich weiter steigernden Mehrausgaben wird der Verlag auch fernerhin nur zu einem kleinen Teil auf die Abonnementspreise schlagen können, weil er keinen Leserrückgang herbeizuführen, sondern im Gegenteil unseren Genossen und Lesern eine neue Werbung von Beziehern ermöglichen will. Ein erheblicher Teil der Ausgaben (wie Gehälter, Löhne und viele andere Unkosten) bleiben auch bei einer kleineren Zeitung die gleichen, so daß jedweder Leserrückgang die Existenz der Zeitung erschwert, die Leserzunahme sie dagegen erleichtert.

Trotz des schweren Kampfes, den die Parteipresse heute zu führen hat, waren Pressekommission und Verlag bemüht, den Bezugspreis auch für den kommenden Monat in erschwinglichen Grenzen zu halten. Er ist auf

220 Mark monatlich oder 55 Mark wöchentlich

einschließlich der durch Steigerung der Fahrgelder, Trägerlöhne, Postgebühren usw. bedeutend erhöhten Zustellungsgebühren festgesetzt worden.

Wir bitten unsere Leser, überzeugt zu sein, daß in der verhältnismäßig niedrigen Festsetzung des Bezugspreises eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Zeitung liegt. Der „Vorwärts" z. B. muß einen Monatsbezugspreis von 400 Mark fordern! Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen und Leser nicht nur unsere Gründe würdigen und ihrem Parteiblatte die Treue halten, sondern ihm auch nach Möglichkeit neue Leser zuführen. Nur wenn alle Freunde sich ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung gegen das Parteiorgan bewußt sind, wird die Zeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Fabrik und Grube, Bureau und Arbeitszimmer des geistigen Arbeiters erobern und die Tageszeitung des gesamten schaffenden Volkes werden können.

Verlag des Volksblattes, G. m. b. H.

Der „Klassenkampf" wird kleiner und ruppiger

Verschleierung der Betriebseinschränkung mit allen Mitteln.

Die Genossin Braun, die bisherige Feuilleton-Redakteurin des „Klassenkampf", bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung:

In eigener Sache.

Da der „Klassenkampf" es mir unmöglich macht, mich von meinen Lesern zu verabschieden, muß ich die Kollegen vom „Volksblatt" bitten, die nachstehende Mitteilung zu veröffentlichen, die ohne mein Wissen und nach bereits vollzogenem Umbruch aus der von mir redigierten Beilage „Leben, Wissen, Kunst" (30. Oktober) entfernt worden ist. Ich tue das mit dem Ausdruck des Bedauerns über die unehrliche Gesinnung der Leitung des „Klassenkampf", die ohne jede Rücksicht auf ihre Redakteure die Abonnenten in dem Glauben zu erhalten versucht, die Zeitung erscheine unverändert weiter. Ich denke nicht daran, an den Erfolgen der kommenden Feuilletonbeilagen auch nur einen Tag moralisch partizipieren zu wollen.

Irene Braun-Diehl (H. Leib).

Die heimlich beseitigte Notiz hatte folgenden Wortlaut:

Mitteilung der Feuilleton-Redaktion des „Klassenkampf".

Ende Oktober wird infolge Betriebseinschränkung die selbständige Feuilleton-Abteilung des „Klassenkampf" aufgelöst. Gleichzeitig erfolgt mein Ausscheiden aus der Redaktion. Ich bitte, keinerlei Zusendungen mehr an mich persönlich zu richten, sondern allgemein an die Schriftleitung des Blattes, die sie gelegentlich mitbearbeiten wird. Das gilt auch für die Frauen- und Jugendbeilagen. — Unseren Lesern einen Abschiedsgruß!

Irene Braun-Diehl (H. Leib).

Eine zeitgemäße Reminiszenz.

Die Kommunisten und die AOK. Halle.

Von einem Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle und Kartellbelegierten wird uns geschrieben:

In der am 25. Oktober abgehaltenen Versammlung der Kartellbelegierten und Gewerkschaftsvorstände stand als gewiß vielversprechend der Punkt „Krankenkassenangelegenheiten" mit auf der Tagesordnung. Als Referent dazu trat ein Angestellter der AOK. auf, der, wie mir gesagt wurde, stellvertretender Direktor sei. Der Redner trug quantitativ viel vor, redete qualitativ aber leider herzlich wenig. Seine Ausführungen bestanden unter anderem darin, daß er die gegenwärtigen Preislisten für Bruchbandagen, Brustfees usw. bekanntgab, was bei den meisten Anwesenden ein Kopfschütteln erregte. Im übrigen aber sprach er viel von den „Kann"-Vorschriften, denen die Krankenkassen nach der RVO. unterworfen sind. Er mußte voll und ganz zugeben, daß auch die „jetzt so wohl verwaltete" große AOK. hier wenig oder gar nichts von den „Kann"-Vorschriften eingeführt hat, ja daß sogar mancher Vorteil, der in früherer Zeit für die in Frage kommenden Kassenmitglieder bestand, infolge der drückenden Wirtschaftslage verschwunden sei.

In der Diskussion, die sich bis Mitternacht hinzog, wurde allerdies herbe Kritik an den Maßnahmen des Vorstandes der AOK. geübt. Wie wichtig den Anwesenden die Aussprache über die Krankenkassenangelegenheiten war, ging dann auch noch daraus hervor, daß man eine besondere Versammlung zur Weiterführung der Diskussion in dieser wichtigen Sitzung ansetzte.

Es verlohnt sich nun hierbei wohl einmal zu beleuchten, welche großen Versprechungen den Kassenmitgliedern der AOK. bei den Ausschuß- und Vorstandswahlen im Herbst 1920 von den damaligen Wahlagitatoren auf Arbeitnehmerseite gemacht worden sind. Zuerst muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß zu diesen Agitatoren in erster Linie eine kleine Anzahl auf die Moskauer kommunistischen Irrlehren schwörender Angestellten der AOK. gehörten, darunter an erster Stelle der Referent des Abends. Die waren es auch, die damals im hiesigen Arbeitersekretariat unter Assistenz der ehemaligen Arbeitersekretäre Lemck und Bowitsch Reinigung der Kandidatenvorschläge, die von den einzelnen freien Gewerkschaften zur Wahl gemacht worden waren, nach Moskauer Muster vornahmen. Diese AOK.-Angestellten waren diejenigen, die es dann auch fertigbrachten, daß alle „verdächtigen" Elemente von der Vorschlagsliste gestrichen wurden und zu guter Letzt eine fast rein kommunistische Kandidatenliste herauskam. Für diese Liste wurde dann in engeren, wie in weiteren Kreisen der Kassenmitglieder die nötige Agitation getrieben, die durch Flugblätter, in welchen den Mitgliedern der Himmel auf Erden versprochen wurde, ihren Höhepunkt fand. Was man damals den Mitgliedern, falls man durch die Wahl im Ausschuß und im Vorstand die Mehrheit erhalten würde, alles vorlog, kann jeder heute noch in erhaltenen Flugblättern nachlesen. So sollten unter anderem fast alle bis dahin geltenden Unterstützungen eine Verdoppelung erfahren, die Karenztage in Wegfall kommen und die Familienbeihilfe in hervorragender Weise ausgebaut werden. Alle Kann-Vorschriften, die die RVO. vorsieht, sollten „mindestens" zur Einführung gelangen. Der Kassenbeitrag sollte dabei, wenn möglich, noch eine Herabsetzung erfahren. Kurzum, man versprach alles. Als auf Grund dieser leichtfertigen Versprechungen und der unsaiten Agitation die Wahl in der gewünschten Weise auffiel, und man zur Mehrheit in der Verwaltung der AOK. gelangte — da hielt man, oder konnte man von den versprochenen nichts, aber auch rein gar nichts halten. Die sogenannten Verbesserungen, die eingeführt zu haben man sich rühmt, waren zum übergroßen Teile noch das Werk der früheren Verwaltung der Kasse.

Kein Wunder, wenn nun nach Tagen und Jahren die geköderten Wähler sich darüber aufregen und allerorts eine gereizte Stimmung über Mißstände bei der AOK. platzreift. Nun soll aber auch an dieser Stelle gesagt werden, daß die Verhältnisse der Zeit eben stärker waren als die Wille der kommunistischen Mitgliedervertretung. Die Leute, die mit so vollen, vom Sturm der Zeit aufgeblähten Segeln hinausfuhren auf das Meer, werden eingesehen haben, daß man auch im Krankenkassenwesen nur, wie man sagt, mit Wasser kochen kann. Sie werden froh sein, wenn sich ihnen zu guter Letzt noch ein schützender Hafen zeigt, in welchem sie, den uferlosen Plänen entreißt, wieder das Trockene gewinnen können.

Die kleine Reminiszenz war nötig. Mögen sich die Massen der Krankenkassenmitglieder das klar vor Augen halten und ihre Lehre daraus ziehen.

Genossen, Genossinnen der VSPD.!

Erscheint vollzählig zur ersten gemeinsamen

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, dem 2. November, abends 7½ Uhr, im „Volkspark".

1 Liter Milch 60 Mark?

Der Milchpreis ab Stall des Erzeugers ist mit Zustimmung der Bezirkspreisprüfungsstelle für die Zeit vom 1. bis zum 15. November 1922 im Regierungsbezirk Merseburg auf 46 Mk. als Höchstpreis festgesetzt worden. Hieraus ergibt sich für die Stadt Halle ein Kleinhandelspreis von 60 Mk. für das Liter Vollmilch.

Alle Proteste gegen die Art, den Milchpreis aus dem Butterpreis (statt umgekehrt) zu errechnen, sind bisher ohne Erfolg für — den Verbraucher gewesen. Die Erzeuger sind jedenfalls damit zufrieden, daß der Butterpreis den Milchpreis und der wieder den Butterpreis usw. erhöht. Ein einziger Anlaß, der am Anfang der Errechnungsweise stand, wirkt also immerfort „preisbildend". Wir möchten wissen, was die Preisprüfungsstelle, wenn sie sich schon der außerordentlichen Milchpreiserhöhung nach der erwähnten Errechnungsart nicht verschließen kann, gegen den Modus der Berechnung selbst unternommen hat oder unternehmen wird.

Keine Erhöhung der Gütertarife am 1. Dezember.

Die Meldungen bürgerlicher Blätter, daß „höchstwahrscheinlich" der am 1. November in Aussicht genommenen 50prozentigen Erhöhung am 1. Dezember eine Verdoppelung aller Eisenbahngütertarife folgen soll, sind unzutreffend. Für Dezember ist vom Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung weder geplant noch angeordnet.

Ausstellung des Hallischen Hausfrauenbundes.

Im Evangelischen Vereinshaus, Mittelstraße, zeigt der Hallische Hausfrauenbund in diesen Tagen eine Ausstellung, die dem Besucher ein Bild von der Tätigkeit des Bundes verschaffen soll. In bunter Reihe ist durchweg Praktisches aus dem Reiche der Frau zur Schau gestellt. Wir gehen an den Tischen mit Luxusgegenständen, wie fortdem Glasflechten, Perl- und Stickereiarbeiten, mit dem Bemerken vorüber, daß hier keine Stätte für die rauhe Arbeitshand der Frau aus dem schaffenden Volke ist. Auch die Preise, die sich in mehreren Tausenden bewegen, mahnen uns an kalte Oefen in Proletarierwohnungen und an die nackten Beinchen des kleinen Knaben, der am Sonnabend bei naßkaltem Nebelwetter zur Schule lief. Gut und beachtenswert sind die Kurse des Hallischen Hausfrauenbundes, die den Teilnehmern Kenntnis im Stuhlflechten, Strumpf-Ausbessern und in der Herstellung von Hausschuhen verschaffen. Auch Spielzeug für Kinder aus Altmaterial wird in den Kursen hergestellt. Es bietet vollwertigen Ersatz für die unerschwinglichen Schöpfungen der Spielzeug-Industrie. Ein Festspiel „Einst und jetzt" sollte den Zuschauern den Gegensatz zwischen der Küche aus Großmutters Zeiten und der modernen einer Frau von heute zeigen. Bedauerlicherweise war das ganze Spiel ein Angriff auf die Frau, die geistige Interessen außerhalb der Kochtopf-Atmosphäre hat. Was in dem Traumspiel als „zeitgemäß" vorgeführt wurde, war eine Verzerrung der intellektuellen Frau, ein Hohn auf ihre geistige Tätigkeit. Leider wird damit wieder vielen Verfechtern des „Nur-Hausfrau"-Prin-

Hildas Geheimnis.

76. Roman von Maria Linden.

Lady Glendower beschloß mit Lady Dolly, Gerald und der nötigen Dienerschaft Hilda bis nach London zu begleiten und führte ihren Vorsatz auch aus.

Fräulein Smith beabsichtigte zu Neujahr in den Ehrstand zu treten. Sie hätte schon früher geheiratet, aber seit Lady Anne nicht mehr in Glendower-Hall war, fühlten sich alle dort so glücklich, daß niemand zu wechseln wünschte. Wenn der Bräutigam von Fräulein Smith nicht ganz energisch aufgetreten wäre, hätte sie die Hochzeit noch hinausgeschoben. Sie fürchtete sich vor dem Kochen, von dem sie keinen blauen Dunst hatte, und sie atmete auf, als ihr Bräutigam versprach, er würde ihr ein erfahrenes Mädchen halten. Lady Glendower besaß ein sehr schönes Haus in London, das sie aber sehr selten benutzte, in dem ein Kastellan, seine Gattin und einige Dienstboten ein sehr behagliches Dasein führten. Die Mitglieder der englischen Aristokratie leben während der heißen Sommermonate in dem staubigen London und bringen den Winter auf ihren Gütern zu, weil die Herren meistens pensionierte Jäger sind, mithin traf Lady Glendower in London nur wenig Bekannte. Sie wollte Oper und Theater besuchen und Einkäufe machen, hauptsächlich war es ihr darum zu tun, für Hilda eine sichere Reisebegleiterin zu finden, die sie bis nach Breslau begleiten sollte, denn Hilda hatte sich zu einer so strahlenden Schönheit entwickelt, daß sie überall die Aufmerksamkeit auf sich zog. Die Gräfin fürchtete, daß die schöne Lehrerin unterwegs Belästigungen ausgesetzt würde, wenn sie allein reiste. Eine frühere Kammerjungfer von Lady Dolly, die sich verheiratet hatte, und wegen der Kränklichkeit ihres guten Mannes in ärmlichen Verhältnissen lebte, war nur zu gern bereit, mit Hilda zu reisen, in Breslau sechs Tage in einem feinen Hotel auszuruhen und dann mit Hilda zurückzufahren. Mit der Vergütigung, die sie dafür von Lady Glendower erhielt, konnte sie ihre Schulden bezahlen und noch einen Notpfennig zurückbehalten.

Obgleich Hilda sich unendlich auf das Wiedersehen mit den Ihrigen freute, trennte sie sich doch unter Tränen von Gerald. Obgleich der kleine Lord es für unmännlich hielt, zu weinen, schluchzte er doch laut. Er umschlang Hilda mit beiden Armen und sagte ganz außer sich:

„Sie müssen mir versprechen, daß Sie wiederkommen, Fräulein."

„Ich komme wieder", versicherte Hilda. „Auf Wiedersehen, Gerald. Sei recht artig und schreibe mir auch ab und zu eine Karte."

„Ich werde Ihnen alle Tage schreiben," versprach der Knabe, „aber Sie müssen es auch tun."

Erst als Hilda feierlich gelobte, täglich an Gerald zu schreiben, wurde er ruhiger.

Lady Glendower hatte Hilda für die Reise sehr reichlich mit Geld versehen, und sie und Lady Dolly hatten sich herzlich von ihr verabschiedet.

Unterwegs sagnete Fräulein Waldert die Vorsorge der Lady Glendower, denn ohne ihre Begleiterin wäre sie großen Zudringlichkeiten ausgesetzt gewesen, aber Mrs. Pimlikow, so hieß die frühere Jungfer, war ihr ein sicherer Schutz, und Hilda langte wohlbehalten in Breslau an und wurde mit lautem Jubel von den Ihrigen in Empfang genommen. In den Jahren, die Hilda fern von den Ihrigen im Auslande verlebt hatte, hatte sie sich der Hoffnung hingegeben, daß ihre Eltern nach und nach wieder in den Vollbesitz ihrer Gesundheit gelangt wären. Auf ihre Anfragen in diesem Sinne hatte sie stets beruhigende Antworten erhalten. Nun erschrak sie heftig. Waldert hielt sich gebückt, seine Gesichtsfarbe war ungelund, er war blaß und hatte scharf abgezirkelte rote Flecke auf den Backenknochen. Die geringste Anstrengung erschöpfte ihn vollständig. Er hustete viel und seine früher so klare Stimme klang heiser. Auch Frau Waldert sah recht hinfällig aus, Trudchen und Erna strotzten förmlich vor Gesundheit, Herbert und Willi waren kräftige, hübsche Menschen und Margot war ein reizendes Kind.

„Wer ist denn die Dame?" fragte Frau Waldert neugierig und wies auf Mrs. Pimlikow.

Hilda erzählte, wie die Gräfin um sie besorgt gewesen war und sagte: „Wir müssen die Dame zuerst in ein Hotel bringen."

Die Engländerin, die viel mit ihrer Herrschaft gereist war, konnte etwas deutsch. Sie sagte ohne alle falsche Scham:

„Fräulein Waldert, bin doch nicht vermögend, hab' überlegt. Nehme ich Stübchen billiges mit Kost in Privathaus."

„Wenn die Dame keine großen Ansprüche macht," entgegnete Frau Waldert, „kann sie bei uns im Hause ein Stübchen haben. Die Krankholzen hat ihre einsentrige Stube leerstehen, und mag die Krankholzen sein, wie sie will, sie verteuert niemand, und sie kocht ganz erträglich."

„Also werde ich ansehen Stube", entgegnete Mrs. Pimlikow sehr befriedigt. Auf diese Weise konnte sie recht erhebliche Ersparnisse machen, die ihrem kranken Manne und den Kindern zugute kamen. Alle setzten sich nun in die Elektrische und fuhren heim. Ueber der Entreetür prangte eine dicke Girlande von Tannengrün und Papierrosen und ein mächtiges Plakat mit der Inschrift: „Willkommen daheim!" Mutter Waldert hatte einen schönen Streuselkuchen gebacken und für einen guten Kaffee gesorgt. Alle ließen es sich schmecken. Mrs. Pimlikow erklärte zu Frau Waldert's großer Freude, sie hätte noch nie so prachtvollen Kuchen gegessen und sie bäte um das Rezept.

Gleich nach dem Kaffee schrieb Hilda einen langen Brief an die Gräfin, in dem sie ihre glückliche Ankunft meldete und eine Karte an Gerald, dann kleidete sie sich zum Ausgehen an. Sie wollte Brief und Karte auf den Hauptbahnhof tragen, damit beides mit dem Abendzuge nach Hamburg abging. Obgleich Waldert versicherte: „Willi wird sich ein Vergnügen daraus machen, hinzugehen", zog Hilda es doch vor, ihre Korrespondenz selbst zu besorgen, denn der liebe Willi war in den sogenannten Flegeljahren und nicht entzückt davon, Botengänge zu machen. Das Vergnügen hatte er nur zu oft im Geschäft, überdies exerzierte er noch mit Fleiß und Ausdauer am Kaffeetisch nach.

Als Hilda ihre Briefschaften in den Kasten gesteckt hatte, blieb sie wie gebannt stehen. Eine Purpurglut färbte ihre Wangen und ihre dunklen Augen strahlten vor Freude, denn Reinhold Schönfeld schritt die Granitstufen hinab, die zum Bahnhofsportal führten. Das Erkennen war gegenseitig. Der junge Arzt eilte auf Hilda zu und sagte freudestrahlend:

„Sie hier, Fräulein Hilda. Auf das Glück, Sie heute noch zu sehen, habe ich nicht gehofft. Wie wohl und blühend Sie aussehen."

Hilda reichte ihm die Rechte, er drückte sie warm und innig und fuhr fort:

„Fräulein Hilda, ich habe Tag und Nacht an Sie gedacht. Sie sind unseren kleinen Verhältnissen nun wohl entrückt. Frau Waldert konnte mir nicht genug von dem Glanz und der Pracht erzählen, die Sie umgeben haben."

„Ach, ich finde gar keine Freude an dem Prunk", entgegnete Hilda. „Die Delikatessen ist man sich sehr bald über, auf gutes Brot hat man aber immer Appetit. Ich freue mich darauf, morgen das Mittagbrot zu kochen."

Reinhold hielt Hildas Hand noch immer mit festem Druck umschlossen, sie entzog ihm ihre Rechte sanft und sagte:

„Ich muß jetzt schnell nach Hause gehen. Vater wollte es gar nicht haben, daß ich noch zur Bahn ging, aber ich hatte Gerald fest versprochen, ihm sofort nach meiner Ankunft zu schreiben."

„Der glückliche Gerald!" rief der Doktor aus. „Sie waren fast vier Jahre fort, aber mich haben Sie nicht mit einer Zeile erfreut."

„Es ist doch nicht üblich, daß eine Dame die Korrespondenz mit einem Herrn anfängt" antwortete Hilda mit einem schelmischen Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0005

gibs, so ging auch aus den Randbemerkungen einiger Zuschauer hervor, Wasser auf die Mühlen geleitet. Daß auch bei Frauen, die sich viel außerhalb des Hauses betätigen, eine wohldurchdachte und gut funktionierende Küche möglich ist, scheint dem Hausfrauenbunde nicht bekannt zu sein. Erst wenn es gelingt, die gegenseitige Wertschätzung zwischen der Hausfrau und der „modernen" Frau herzustellen, werden sich ihre Ziele in glücklicher Weise vereinen.

---

* **Wo ist der Silberschatz der Halloren?** Die Halloren versichern, daß ihr Silberschatz nicht ins Ausland verkauft werde. In Zusammenhang damit schreibt uns die Museumsverwaltung aber, daß der Hallorenschatz sich nicht mehr im städtischen Museum befindet.

* **Fahrkartenverkauf zum doppelten Preise.** Die Fahrkarten werden nicht mit dem ab 1. November um 100 Prozent erhöhten Preise neu gedruckt oder übersempelt, sondern zum doppelten Betrage des bis Ende Oktober geltenden Preises verkauft. Der Reisende hat also stets das Doppelte des aufgedruckten, aufgestempelten oder geschriebenen (z. B. bei Blankokarten) Fahrgeldes zu bezahlen. Im Nahverkehr ist ferner neu, daß der Preis bei Einzelfahrten für mindestens 7 Kilometer (bisher 5), bei Zeitkarten für mindestens 3 Kilometer (bisher 6) erhoben wird.

Parteinachrichten.

„Volkszeitung", Verlagsgenossenschaft e. G. m. b. H. Auf die am Mittwoch, dem 1. November, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" stattfindende Generalversammlung sei nochmals hingewiesen.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Gewerkschaftskartell.** Heute, Dienstag, abend im „Volkspark" Fortsetzung der Debatte über Krankenkassenangelegenheiten und Verschiedenes.

* **Betriebsräte und Betriebsobleute der Gruppe Lebens- und Genußmittel-Industrie.** Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr: Vollversammlung im Gewerkschaftshaus (Restaurationszimmer.)

Ammendorf. Gemeindebücherei. Der Bücherausschuß schickte in diesen Tagen neue Werbeschreiben an die bisherigen Freunde der Gemeindebücherei aus, an alle, welche er als warmherzige und vermögende Freunde zu seinen Gönnern zählen möchte und alle die, bei denen er Zustimmung und Beihilfe zu finden hofft in seiner Arbeit der geistigen Gesundung unseres Volkes durch Selbstbildung zu dienen. Das 1. Vierteljahr beweist mit 969 Bücherentleihungen vollauf die Notwendigkeit der begonnenen Arbeit. Zurzeit kann aber mit dem vorhandenen Bücherbestand den bedeutend gestiegenen Ansprüchen, insbesondere in guter Unterhaltungslektüre, bei weitem nicht mehr Rechnung getragen werden. An alle Gemeindemitglieder, welche ein gutes Buch daheim ungenutzt ruhen lassen, ergeht daher die Bitte, es den Mitmenschen durch Einreihung in die Gemeindebücherei zugänglich zu machen. Auch Geldgaben zu Neubeschaffungen werden jederzeit gern angenommen durch Berufsschullehrer Sammler (Volksschulgebäude I) und Gemeindesekretär Kleinschmidt (Gemeindeverwaltung, Zimmer 5). Für jedes entliehene Buch wird 14 Tage unentgeltliche Leselrist gewährt. Bücherausgabe: Montag und Donnerstag, abends 7 bis 9 Uhr. Alle Gebiete sind im Bücherbestand vertreten.

Löbejün. Die Partei marschiert. Am Sonntag fand hier im Restaurant „Zur gut n Quelle" eine gutbesuchte Versammlung der KPD statt, in der der Genosse Holzapfel über das Thema „Marxismus und Bolschewismus" sprach. Dir in ansprechender Weise gehaltene Vortrag hatte zur Folge, daß eine Reihe von neuen Mitgliedern in den Ortsverein aufgenommen werden konnten. Das beste Zeichen dafür, daß in den breiten Schichten der Proletarier sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines lückenlosen Zusammenschlusses immer mehr Bahn bricht.

Könnern. Mitgliederversammlung. Am Sonnabend fand die Mitgliederversammlung der USPD. statt. Genosse Süßmann gab die Abrechnung des 3. Quartals bekannt. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, den 9. November in würdiger Weise zu begehn. Sodann wurde die zu unternehmende Agitation für das „Volksblatt" und die Partei lebhaft besprochen.

Aus der Jugendbewegung.

Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugend. Heute, Dienstag, findet im Jugendsekretariat eine Bezirksvorstandssitzung statt. Die wichtige Tagesordnung macht es jedem Bezirksvorstandsmitgliede zur Pflicht zu erscheinen. Der Bezirksvorstand.

Arbeiterjugend. Dienstag abend 7 Uhr Zusammenkunft aller Unterkassierer des Zentrums bei Seeburg. Sämtliches Material ist mitzubringen. — Norden und Zentrum. Heute abend 7 Uhr: Restabend bei Genossen Trabert, Fichtestraße 1a.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe. Sonntag, den 5. November, nachmittags 1 Uhr, findet im Lokal Gottschalg zu Löbnitz unsere vierte Gruppen-Vorturnerstunde mit anschließender Sitzung statt. Nachdem findet eine Gruppen-Werbeveranstaltung statt.

Aus der Provinz.

Merseburg. Der neue Milchpreis 60 Mark. Vom Mittwoch, dem 1. November 1922 an, beträgt der Kleinverkaufspreis für das Liter Vollmilch für alle Verbraucher einheitlich 60 Mk. Milchverkäufer, die vom 1. November 1922 an mehr als den vorstehend veröffentlichten Preis für das Liter Vollmilch verlangen, bitten wir sofort dem Magistrat der Stadt Merseburg (Preisprüfungsstelle) anzuzeigen, damit gegen die Betreffenden wegen Preiswucherns eingeschritten und ihnen nötigenfalls der Handel mit Milch entzogen werden kann.

— Achtung, Bauarbeiter! Wir weisen nochmals auf die Sitzung der Baudelegierten des Leunawerkes hin, die am Donnerstagnachmittag im „Heiteren Blick" in Leuna stattfindet. Abends 6 Uhr wird in der „Funkenburg" in einer Mitgliederversammlung Bericht über die Lohnverhandlungen erstattet. Alle organisierten Bauarbeiter müssen erscheinen.

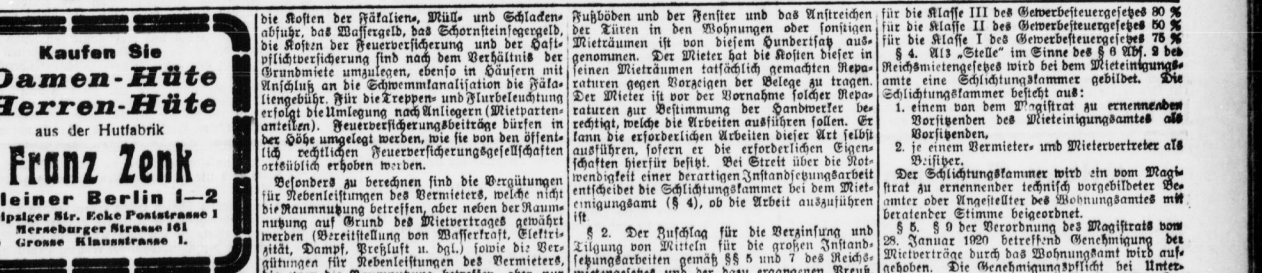
Querfurt. Ueberfall durch einen Automobilisten. Die Frau des Justizwachtmeisters W. wurde auf dem Heimwege nach ihrer Wohnung von einem Automobilisten, dessen Gesicht durch eine große Brille verdeckt war, plötzlich angefallen; sie wehrte sich heftig gegen seinen Versuch, sie in den Wagen zu schleppen. Durch das Dazwischenkommen von zwei Radfahrern wurde sie gerettet. Das Auto entkam leider unerkannt.

Artern. Landverpachtung. Eine gute Einnahme für die Stadt brachte die Verpachtung des ehemaligen Schuttabladeplatzes, welcher nun zu Schrebergärten umgewandelt werden soll. Für das etwa 7 Morgen große Terrain wurde für den Stadtsäckel die nette Summe von 140 000 Mk. herausgeholt, während für die einzelnen Parzellen von 800 Quadratmeter Gebote von 2750 bis 6650 Mk. abgegeben wurden. Wenn man auch berücksichtigt, daß für die Parzellen, die noch nicht mit guter Erde bedeckt sind, für die ersten Jahre Pachtfreiheit besteht, so ist doch zu verzeichnen, daß sich gerade die Aermsten der Armen bei derartigen Verpachtungen gegenseitig zu überbieten suchen, um nur ein Stück unkultiviertes Land zu erhalten.

Körbig. Lichtbildervortrag. Auf dem im Inseratenteil bereits angekündigten Lichtbildervortrag am 31. Oktober, abends 8 Uhr, in der Turnhalle seien die Genossinnen und Genossen nochmals hingewiesen. In der Freidenker-Ortsgruppe Organisierte haben freien Eintritt, im übrigen werden zur Unkostendeckung pro Person 10 Mk. erhoben. Genosse Grube (Halle) spricht über „Der Ursprung des Lebens". Die Turnhalle ist gut geheizt.

Kelbra. Kartellsitzung. In der am Sonnabendabend in der Sängerhalle stattgefundenen Kartellsitzung wurde über die am Sonntag, dem 12. November, in Halle stattfindende Konferenz der Betriebsräte und Gewerkschafts-Funktionäre des Bezirkskartells Halle-Merseburg verhandelt. Es fand eine rege Aussprache statt. Den gewählten Delegierten, Geschirrführer Karl Mühne und Knopfmacher Fritz Gerlach wurden entsprechende Anträge, welche die Stellungnahme des Kartells betreffen, übermittelt. Darauf wurde die Abrechnung über das 2. Quartal gegeben. Die Einnahme mit dem alten Kassenbestand beträgt 2661 Mk., die Ausgabe 810 Mk.; es bleibt mithin ein Kassenbestand von 1850,40 Mk. Eine rege Aussprache entstand wieder über verschiedene Gemeinde-Angelegenheiten. Mehrere in letzter Kartellsitzung an den Magistrat gerichtete Eingaben waren von seiten des Magistrats beantwortet. Mehrere Straßenlampen müssen aus Ersparnisgründen eingezogen werden. Unter Verschiedenem wurde über Maßnahmen beraten, welche die Zuckerversorgung der hiesigen Einwohnerschaft betrifft. Es wurde beschlossen, am Mittwoch, dem 1. November, unter Zuziehung des Magistrats und der hiesigen Geschäftsleute eine Versammlung abzuhalten, in welcher Schritte unternommen werden sollen, um die Zuckerbeschaffung sicherzustellen.

Bennungen. Hohe Preise. Kürzlich kam ein Hausgrundstück und mehrere Morgen Land und Wiese zum Verkauf. Für das Haus zahlte man die Summe von 561 000 Mk. Für den Morgen Land wurden im Durchschnitt 130 000 Mk. gezahlt. — Vor einigen Tagen wurden von der Straße weg mehreren Besitzern die Gänse gestohlen. Hoffentlich gelingt es bald, die Täter zu ermitteln.



Kaufen Sie
Damen-Hüte
Herren-Hüte
aus der Hutfabrik
Franz Zenk
Kleiner Berlin I—2
Leipziger Str. Ecke Poststrasse 1
Merseburger Strasse 161
670 Grosse Klausstrasse 1.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Bekanntmachung betr. das Reichsmietengesetz.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 — RGBl. S. 273 — in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 — Gesetzsammlung S. 129 — wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg — Beschl vom 26. Okt. 1922 — I W 11 354 — festgesetzt, was folgt:

§ 1. Zu der Grundmiete gemäß § 2 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung zu § 2 treten folgende Zuschläge:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß §3 Abs.1 Ziff.1 des Reichsmietengesetzes beträgt 6 Prozent.

2. Der Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt:
   a) bei gewöhnlichen Häusern 15 Prozent,
   bei zu Wohnzwecken oder gleichzeitig zu Wohn- und gewerblichen Zwecken benutzten Häusern mit Sammelheizung 20 Proz.,
   bei lediglich zu gewerblichen Zwecken hergestellten Häusern mit Sammelheizung 30 Prozent.

Alle übrigen Betriebskosten oder Nebenleistungen, und zwar die Grund- und Gebäudesteuer, die Kosten der Fäkalien-, Müll- und Schlackenabfuhr, das Wassergeld, das Schornsteinfegergeld, die Kosten der Feuerversicherung und der Haftpflichtversicherung sind nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen, ebenso in Häusern mit Anschluß an die Schwemmkanalisation die Fäkaliengebühr. Für die Treppen- und Flurbeleuchtung erfolgt die Umlegung nach Anliegern (Mietparteranteilen). Feuerversicherungsbeiträge dürfen in der Höhe umgelegt werden, wie sie von den öffentlich rechtlichen Feuerversicherungsgesellschaften ortsüblich erhoben werden.

Besonders zu berechnen sind die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrages gewährt werden (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Preßluft u. dgl.) sowie die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugutekommen, z. B. die Spiegelglasversicherung. Das gleiche gilt auch für die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung, wozu auch die Kosten der Anfuhr gehören, die Anstellung eines Heizers in Gebäuden mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung, die Fahrstuhlbenutzung, Bauwasserversicherung und die Kosten der Versicherung gegen Glas- und Wasserleitungsschäden.

Die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr erfolgt nach der Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1906, die Erhebung der Wohnungsbauabgabe nach der Preußischen Verordnung betreffend die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen v. 2. Nov 1921 — Gesetzsammlung S. 540.

Bei der Verteilung der gesamten § 1 Ziff. 2 Abs. 2, 3 und 4 umzulegenden Betriebskosten oder Nebenleistungen auf die selbständigen Wohnungen oder selbständigen Mieträume anderer Art sind auch Räume, für die nicht die gesetzliche Miete zu zahlen ist, oder die nicht vermietet sind, zu berücksichtigen.

Der Vermieter hat spätestens am letzten Tage eines jeden Monats den Mietern oder der Mietervertretung die Belege über die in dem betreffenden Monat fällig gewordenen und gemäß § 1 Ziff. 2 Abs. 2, 3, 4 umzulegenden Beiträge vorzulegen und ist berechtigt, am dritten Werktage des nächsten Monats die auf die einzelnen Mieter entfallenden Beträge einzufordern.

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 100 Prozent.

Das Tapezieren bzw. das Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen ist von diesem Hundertsatz ausgenommen. Der Mieter hat die Kosten dieser in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Reparaturen gegen Vorzeigen der Belege zu tragen. Der Mieter ist vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, welche die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die erforderlichen Arbeiten dieser Art selbst ausführen, sofern er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit entscheidet die Schlichtungskammer bei dem Mieteinigungsamt (§ 4), ob die Arbeit auszuführen ist.

§ 2. Der Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung von Mitteln für die großen Instandsetzungsarbeiten gemäß §§ 5 und 7 des Reichsmietengesetzes und der dazu ergangenen Preuß. Ausführungsverordnung ist auf Antrag eines Vertragsteils vom Mieteinigungsamt festzusetzen; er ist im Einzelfall auf höchstens 150 Prozent der Grundmiete zu begrenzen.

Als große Instandsetzungsarbeiten gelten die nachstehend aufgeführten Arbeiten: Die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das vollständige Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses oder auch mehrerer Fronten, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung, größere Unterfangungsarbeiten, Erneuerung ganzer Fußböden und Balkenlagen, Erneuerung von Bewässerungs- und Entwässerungsleitungen sowie erhebliche Ausgrabungen an den Hausentwässerungsleitungen, Beseitigung von Schwamm, Neuanstrich einschließlich Verkittung sämtlicher oder des größten Teiles der Fenster an einer Hausfront, Neuverputzen oder Teeren freistehender Giebelwände (Wetterwände), Erneuerung der Einfriedigung, ferner alle Arbeiten, deren Kosten im Einzelfalle die Summen der Grundmieten des ganzen Hauses übersteigen.

Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein oder in den nächsten 12 Monaten, vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt an gerechnet, erforderlich werden.

§ 3. Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Er beträgt:
für die Klasse IV des Gewerbesteuergesetzes 15 %
für die Klasse III des Gewerbesteuergesetzes 30 %
für die Klasse II des Gewerbesteuergesetzes 50 %
für die Klasse I des Gewerbesteuergesetzes 75 %

§ 4. Als „Stelle" im Sinne des § 6 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes wird bei dem Mieteinigungsamte eine Schlichtungskammer gebildet. Die Schlichtungskammer besteht aus:
1. einem von dem Magistrat zu ernennenden Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes als Vorsitzenden,
2. je einem Vermieter- und Mietervertreter als Beisitzer.

Der Schlichtungskammer wird ein vom Magistrat zu ernennender technisch vorgebildeter Beamter oder Angestellter des Wohnungsamtes mit beratender Stimme beigeordnet.

§ 5. § 9 der Verordnung des Magistrats vom 28. Januar 1920 betreffend Genehmigung der Mietverträge durch das Wohnungsamt wird aufgehoben. Die Genehmigungspflicht bei Untervermietung von Leerräumen ohne schriftliche Zuweisung des Untermieters durch das Wohnungsamt und bei Vermietung von möblierten Wohnungen nach § 8 der Verordnung des Magistrats vom 22. Dezember 1920 bleibt bestehen.

§ 6. Dieser Beschluß tritt am 1. November 1922 in Kraft, die Bekanntmachungen des Magistrats betr. das Reichsmietengesetz vom 17. Juli 1922 und vom 5. September 1922 treten mit Ablauf des 31. Oktober 1922 außer Kraft.

Halle, den 30. Oktober 1922.

Der Magistrat

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 30. Oktober 1922.

Gattung	a) Für 50 kg Fleischgewicht: I. höchster Preis M	II. niedrigster Preis M	III. höchster Preis M	b) Für 50 kg auf dem Stallgehöft erzielbarer: höchster Preis M	niedrigster Preis M
Ochsen	25500	16000	24000	—	—
Bullen	18500	19000	22500	—	—
Kühe	14400	10000	22000	—	—
Jungrinder	19000	18000	19000	—	—
Mastkälber	—	—	—	—	—
Saugkälber	22000	19000	21000	—	—
Lämmer und Masthammel	31000	30000	30000	—	—
Schafe	20000	18000	22000	—	—
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	55000	52000	54000	43000	—
Jugoslaw. Schweine	—	—	—	—	—

(Spalten I–III: einschließlich Lungen und Leber)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221031-18/fragment/page=0006